

14. Juni

4/2023

www.landtag-mv.de



**Tag der offenen Tür
im Landtag**
25. Juni 2023

+++ Aktuelle Stunde: Schutz vor Cyberangriffen +++ "Verantwortungsgemeinschaft" für Menschen auf der Flucht +++ Zukunftsvision Bioökonomie +++ Lieferengpässe bei Medikamenten +++ Grundsteuerreform +++ Umweltpreisverleihung +++ Abschlussitzung BSPC-Arbeitsgruppe +++ 30 Jahre Landesverfassung+++



3	AUS DEM PLENUM	
	Aktuelle Stunde	"Mecklenburg-Vorpommern unter Beschuss: Warum wir dringend mehr in Cybersicherheit investieren müssen" (auf Antrag der Fraktion FDP)
4 - 10	Auszüge aus der Originaldebatte	David Wulff (FDP), Innenminister Christian Pegel, Jens-Holger Schneider (AfD), Michael Noetzel (DIE LINKE), Ann Christin von Allwörden (CDU), Philipp da Cunha (SPD), Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
11 - 22	Berichte	„Verantwortungsgemeinschaft“ für Menschen auf der Flucht Asylpolitik nicht zu Lasten der Bürger Zukunftsvision: Bioökonomie Lieferengpässe bei Medikamenten LNG Terminal vor Rügen bleibt umstritten Grundsteuerreform
22 - 24	Meldungen	Drei Jahrzehnte Landesverfassung Digitale Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Mehr Mitwirkung für die Opposition MV-Schutzfonds für Krankenhausinvestitionen Maßnahmenpaket für Lernkompetenz
25 – 29	Befragung der Landesregierung	
30 - 31	Gesetzgebung	
32 - 35	Ausschüsse	Abschlusssitzung BSPC-Arbeitsgruppe PUA Uni-Medizin „Darf’s ein bißchen mehr – Beteiligung - sein?“ Besuch in Oslo Preisverleihung
36 – 39	Panorama	Verliert das Schloss bald sein Gerüst? Abgeordnete zum „Anfassen“ - Programm Tag der offenen Tür im Landtag MV
40	Chronik	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 01.06.2023

Schutz vor Cyberangriffen

IT-Sicherheitsgesetz soll kommen



Minister Christian Pegel während der Aktuellen Stunde

Foto: Uwe Sinnecker

■ Vielen Landtagsabgeordneten war die Brisanz des Themas der von der FDP beantragten Aktuellen Stunde nicht bewusst. Nach einer schwerwiegenden Cyberattacke im Oktober 2021 auf Kommunalverwaltungen in Westmecklenburg wurden über den Monat April 2023 bundesweit intensive Angriffe auf Internetseiten von Landesregierungen, der Polizei, verschiedener Einrichtungen und Verwaltungen registriert.

Diese Massenaufufe von Internetseiten führten dazu, dass sie überlastet und somit nicht mehr auffindbar waren. Im Gegensatz dazu geht es bei Ransomware-Angriffen darum, Daten zu blocken und erst gegen Zahlung von Lösegeld wieder freizuschalten.

Mit der Aktuellen Stunde wollte die FDP das Bewusstsein für diese Gefahren aus dem Cyberraum schärfen und die Landesregierung daran erinnern, ein IT-Sicherheitsgesetz mit der Festschreibung von Mindeststandards auf den Weg zu bringen. Denn die FDP wolle statt weniger, mehr Digitalisierung – ein Gedanke, dem sich DIE LINKE anschloss. Aber das funktioniere nur, „wenn wir diese Digitalisierung vor Angriffen schützen“, mahnte die FDP.

Innenminister Christian Pegel (SPD) bestätigte, dass die Zahl der Angriffe auf die Landesverwaltungen im Land im Millionenbereich liege. Bislang habe das Landesrechenzentrum das „extrem gut“ abwehren können. Leider gebe es keine hundertprozentige Sicherheit.

Privatpersonen könnten durch Sorgfalt im Passwort-Management und einem vernünftigen Backup viel Schaden abwenden, riet die AfD und zitierte das geflügelte Wort der IT-Branche: „Kein Backup, kein Mitleid!“ Der AfD machte allerdings Sorge, dass Solar- oder Windparks Einfallstore für Angriffe auf die kritische Infrastruktur sein könnten.

Die Cybersicherheit bleibe das A und O in einer sich weiter digitalisierenden Wirtschaft und Gesellschaft, unterstrich DIE LINKE. Auch wenn mit wirksamen Backup-Systemen viel erreicht werde, bleibe der größte Unsicherheitsfaktor der Mensch.

Cyberangriffe verursachten in Deutschland einen jährlichen, wirtschaftlichen Schaden von 203 Milliarden Euro, trug die CDU vor. Hätte man hier nicht Sondervermögen einrichten müssen, um diese Art von Gefahr zu bannen, fragte die CDU.

Für die SPD stand Prävention schon immer hoch auf der Agenda. In Anbetracht einer zunehmend vernetzten Welt, brauche es Sicherheitsstandards, die von „vornherein mitbedacht“ werden müssen. Denn tatsächlich könne ein Fehler ausreichen, um ein ganzes System lahmzulegen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte die Perspektive der fehlenden Fachkräfte in die Debatte einbringen: „IT-Sicherheit, steht und fällt mit den zuständigen Menschen“. Sie werde auch von einem allgemeinen Technikverständnis befördert oder wenn das Wissen über Sicherheitslücken offen kommuniziert werde.

Damit Digitalisierung vorankäme, brauche es IT-Sicherheit und darum dürfe das Land nicht bis zum Ende der Legislatur mit dem IT-Sicherheitsgesetz warten, mahnte am Ende der Aussprache die FDP.

Ja, das Informationssicherheitsgesetz werde gebraucht „und das wird auch kommen“, sicherte Innenminister Pegel zu.

Lesen Sie im Anschluss Ausschnitte aus den Redebeiträgen der Abgeordneten.

■ David Wulff, FDP:

„Wann schaffen wir es endlich, Sicherheitsstandards festzulegen?“

Fotos: Uwe Sinnecker



[...] Wir hatten [...] einen Angriff in Westmecklenburg. [...] und es hat sechs Monate gedauert, [...] bis der Normalbetrieb in der öffentlichen Verwaltung wiederhergestellt wurde. Wir hatten [...] einen Angriff [...] auf die Websites der Landesregierung, auf die der Polizei. [...].

[...] ein Cyberangriff auf Krankenkassen, [...], [...] auf Rheinmetall. [...] Und das waren alles keine Zufälle [...].

[...] Wir sind angreifbar. [...] Jetzt kann man fragen, ist das Ganze kritische Infrastruktur oder nicht. [...] Ja, öffentliche Verwaltung [...] ist dafür da, das öffentliche Leben unserer Gesellschaft [...] ordnungsgemäß aufrechtzuerhalten. [...] deswegen ist es wichtig, dass wir [...] alle öffentlichen Verwaltungen auch bei Bedrohungsszenarien am Laufen halten und vernünftig schützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP und Daniel Peters, CDU)

[...] Wir hatten das [...] Thema schon [...] hier im Landtag bei unserem Antrag zum Thema Cybersicherheit am Anfang dieser Legislaturperiode. Häufig werden DDoS-Attacken gefahren [...].

[...] kurz eine Erklärung [...]: [...] Wenn man sehr viele Anfragen an einen Service richtet, damit diese nicht mehr bearbeitet werden können, geht dieser irgendwann in die Knie. [...].

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Technisch übersetzt bedeutet das, man macht einfach so viele Anfragen, bis ein Dienst nicht mehr erreichbar ist. In der Vergangenheit war das häufig so, [...], dass das gar keine so sehr gezielten Angriffe waren, aber seit dem Krieg in der

Ukraine [...] wissen wir, dass da auch andere Motive dahinterstecken können.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das wissen wir schon vorher.)*

Und diese Ransomwareangriffe [...], also Erpressungsversuche, das ist moderne Piraterie [...]. [...] mit Kaperbriefen von ausländischen Regierungen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das hat doch China schon vorher gemacht.)*

[...] Wir müssen darüber reden, wie wir wehrhaft werden. Dann schaffen wir es, eine IT-Infrastruktur vernünftig zu schützen, [...] Sicherheitsmaßnahmen so zu ergreifen, dass es [...] keinen Sinn mehr macht, [...] Angriffe zu fahren. [...] Das sind ganz einfache Sachen der Kriminalitätsabwehr, die wir hier in den digitalen Bereichen ersetzen müssen.

Und gerade beim Thema Digitalisierung – [...] wir wollen mehr [...] Digitalisierung im öffentlichen Leben. [...] wir sagen aber auch, das funktioniert nur, wenn wir diese Digitalisierung vor Angriffen schützen [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP)*

Was haben wir für Möglichkeiten, da voranzugehen? Wir haben ein Beispiel aus dem Land Sachsen-Anhalt [...]. Da gab es [...] einen Cyberangriff, der [...] über Monate das komplette öffentliche System [...] lahmgelegt hat. Ein Jahr später hat es [...] Sachsen-Anhalt geschafft, ein IT-Sicherheitsgesetz auf den Weg zu bringen [...].

[...] Ich vermisse immer noch die Vorlage der Landesregierung zum IT-Sicherheitsgesetz Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der FDP)

Wir haben [...] im Innenausschuss [...] zu [...] IT-Sicherheit schon beraten. [...] das ist jetzt [...] anderthalb Jahre her [...]. [...] wann kommt das [...] in diesem Landtag [...] an? Wann schaffen wir es endlich, Sicherheitsstandards festzulegen, damit wir [...] unser öffentliches Leben [...] vernünftig und sicher schützen können?!

[...] dafür brauchen wir ein IT-Sicherheitsgesetz [...]. [...] wenn wir das [...] nicht in den Griff bekommen, [...] sind wir offen wie ein Scheunentor

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der CDU und FDP)*

■ Minister Christian Pegel:

„Das Informations- sicherheitsgesetz brauchen wir.“

Foto: Ulwe Sinnecker



[...] wenn wir offen wie ein Scheunentor wären, wären wir im Jahr 2023 in keiner einzigen öffentlichen Verwaltung mehr handlungsfähig, [...] weil wir eben längst mit guten Standards arbeiten und auch die Kommunalverwaltungen eben nicht jeden Tag dreimal ausfallen, [...]

[...] so zu tun, als ob die öffentliche Hand völlig blank dastünde und alle anderen nicht, verkehrt ein bisschen die Tatsachen, [...]

[...] Wir haben Detektions- und Reaktionsfähigkeiten in den letzten Jahren ausgebaut und im Übrigen auch immer lernend mit Angriffen, die anderen oder uns widerfahren sind. [...] es ist für uns nie fertig, sondern ein stetiger Prozess, der weiter voranschreitet, mit dem die Kolleginnen und Kollegen im DVZ, aber auch im landeseigenen CERT, dem Computer-notfallteam, in dem Vorsorgeteam aktiv sind.

Wir orientieren uns dabei an dem, was angesprochen für kritische Infrastrukturen verpflichtend ist, wir orientieren uns dabei an den Sicherheitsstandards für den IT-Grundschutz des Bundesamtes für Sicherheit. [...] DDos-Angriffe, zu gut Deutsch, ich habe eine Einkaufsmall mit einer Türenbreite, durch die 50 Personen pro Stunde passen – oder pro Minute, dürfen Sie sich aussuchen –, und ich lasse einfach 5.000 Leute gleichzeitig drauf zu laufen. Genau das passiert bei so einem DDos-Angriff: Die Türen verstopfen, hinten entstehen Stauungen, das System bricht zusammen. Das ist die Idee dahinter. Diese Angriffe sind bundesweit gelaufen, im Übrigen auch in europäischen Nachbarländern.

[...] Wenn Sie draufschaun, ist die größte Herausforderung für uns mit Sicherheit Ransomware, ebenfalls angesprochen, zu gut Deutsch Verschlüsselung von Daten von außen, nicht selten dadurch geschehend, [...] dass Menschen, die eine E-

Mail bekommen, glauben, ihnen schriebe jemand, der es gut mit ihnen meint, eine Anlage öffnen, bei der sie nicht merken, dass sie dabei einen Prozess in Gang setzen, bei dem schädliche Software auf dem jeweiligen System niedergelegt wird, mit der hinterher dann ein Zugriff auf die Systeme geschieht. Und dann ist der Versuch, die gesamten Datenbestände quasi einzusperren, als Geisel zu nehmen und hinterher in einem Erpressungsversuch – daher das englische Wort „ransom“ –, also hinterher gegen Lösegeld vielleicht oder auch nicht die Systeme freizugeben.

Und die wichtigste Überschrift ist und bleibt – und das gilt auch für alle öffentlich-rechtlichen Beteiligten –, ich brauche ein extrem gutes Backup, ich brauche also ganz kurzfristig immer wieder eine entsprechende Sicherung meiner Daten, und zweitens, ich brauche eine professionalisierte und immer wieder ausprobierte Reaktivierung dieser gesicherten Daten. [...]

Wir reden ganz bewusst mit dem eGo-Zweckverband. Das ist der Zweckverband der kommunalen Beteiligten, der nicht alle Kommunen, aber doch die große Mehrzahl umfasst. Wir bereiten auch mit denen zusammen weiterhin das Informationssicherheitsgesetz vor. [...]

[...] Dass wir mehr Kolleginnen und Kollegen gebrauchen können, da haben Sie recht, Herr Wulff. Unser Problem ist, dass die Stellen da sind, aber die Menschen zu finden deutlich schwerer ist, weil wir nicht immer mit den Gehältern konkurrieren können, die außerhalb gezahlt werden. Aber noch mal, 55 Leute – und das ist ein Riesenerfolg – sind in den letzten Jahren auf diese Art und Weise als IT-Sicherheitsexperten ins LKA, in die Landespolizei, in die verschiedenen Bereiche gekommen.

Wir sind auf einem deutlich besseren Weg, als der fatalistische Grundanspruch in den Blick nehmen möchte, aber noch mal, das Informationssicherheitsgesetz brauchen wir trotzdem [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

■ Jens-Holger Schneider, AfD:

„Kein Backup, kein Mitleid.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wertes Präsidium! Liebe Landsleute! Verehrte Gäste! Meine Damen und Herren! [...]

Die Angriffe sind genannt worden, mit denen sich die öffentliche Verwaltung auseinandersetzen musste. Ich setze noch einen drauf: [...]

Das BSI hat tatsächlich bis Ende 2021 zweimal im Jahr die höchste Sicherheitsstufe ausrufen müssen [...] weil es so viele Sicherheitslücken gibt.

Und um die Brisanz auch noch mal deutlich zu machen [...]: Wir reden [...] darüber, dass es nicht lange dauert [...] sich [...] schlauzumachen, wie wir unsere kritischste Infrastruktur angreifen können [...]

Professor Frank Arendt von der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH hat deutlich gemacht, wie einfach das ist, Windkraftanlagen anzugreifen, Offshoreanlagen im Besonderen [...]

[...] Wir könnten uns jetzt zurücklehnen. [...] Bismarck hat gesagt [...] in Mecklenburg passiert alles 50 Jahre später [...] so witzig ist das nicht, weil dort überall, wo es drauf ankommt [...] da haben wir die Problematik, von der wir reden.

[...] Und ich will sogar noch einen draufsetzen:

*(allgemeine Unruhe –
Minister Dr. Till Backhaus: Oha! –
Zuruf aus dem Plenum: Noch einen!)*

[...] die ganz normale herkömmliche Verschlüsselung, die sogenannte RSA-Technologie mit 2.048 Bit Zeichenlänge, da würde ein normaler Computer [...] um die 100.000 Jahre brauchen, das auszurechnen. Ein Quantencomputer schafft das [...] innerhalb von wenigen Minuten [...]

es gibt [...] einfache Möglichkeiten, an die sich jeder halten sollte. Und das sollte man auch den Verwaltungen deutlich machen, das sollte man jeder Privatperson deutlich machen. Das sind hier simple Sachen: ein vernünftiges Passwortmanagement, ein vernünftiges Backup – ich habe mal irgendwo gelesen, kein Backup, kein Mitleid –,

(Heiterkeit bei Petra Federau, AfD)

Aktualisierung permanent auf dem Laufenden zu halten und sich darum zu kümmern, dass man eben Unbefugten den Zugriff verweigert, schlicht und ergreifend.

[...] Die Bundesregierung will, was die Quantensicherheit angeht oder vielmehr die Quantentechnologien angeht, 3 Milliarden Euro investieren. Das erscheint mir sinnvoll. Wenn wir allerdings die Quantentechnologie mit Künstlicher Intelligenz verbinden [...] dann haben wir neben dem Nutzen, den wir daraus ziehen, auch die gewaltige Herausforderung, dass wir eben auch vor enormen Sicherheits Herausforderungen stehen.

Und ich sage das deshalb, diese Quantentechnologie, die wird in einem breiten Rahmen einsatzbereit sein in den nächsten zwei bis fünf Jahren. Und vor dem Hintergrund sollten wir uns auch jetzt schon Gedanken machen, wie wir das implementieren in die Sicherheitstechnologie, die wir jetzt schon haben, damit [...] wir vielleicht da Vorreiter sind. [...]

Ich kann dieses positive Szenarium derzeit so nicht teilen, weil mir insbesondere diese Angriffsmöglichkeiten auf unsere Infrastruktur, was die Energieversorgung angeht, das bereitet mir echt Sorge. [...] da müssen wir eben auch die Unternehmen sensibilisieren. Da müssen wir auch unsere Verwaltung sensibilisieren, dass man eben nicht bestimmte unbekannte Mails anklickt. Man kann gar nicht oft genug darauf hinweisen, dass ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für die Cybersicherheit eben auch vor dem Rechner sitzt und nicht unbedingt nur technisch bedingt ist [...]

Also an der Stelle [...] warum wir dringend in IT-Sicherheit oder in Cybersicherheit investieren müssen. Da laufen Sie bei uns offene Türen ein und da werden wir uns bei den nächsten Haushaltsberatungen auch sinnvollen Möglichkeiten nicht verschließen, sondern im Gegenteil, genau da ein besonderes Augenmerk darauf richten, damit wir an der Stelle weiterkommen, [...] – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

■ Michael Noetzel, DIE LINKE:

„Klar ist, dass Cybersicherheit das A und O ist.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP-Fraktion setzt mit ihrer heutigen Aktuellen Stunde ein wichtiges Thema auf die Tagesordnung des Landtages [...]

Mein Dank gilt aber – und auch da muss ich dem Minister beiseitespringen – insbesondere der Task Force des Landes, IT-Dienstleister DVZ und dem Computernotfallteam der Landesregierung CERT, welche auch über die Osterfeiertage im Einsatz waren, um unberechtigte Zugriffe auf die Landesseiten zu verhindern und am Schutz der Server zu arbeiten.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir stehen also – auch da springe ich dem Minister bei – alles andere als blank da, und das ist auch gut so.

Initiator der letzten groß angelegten Attacke, die im gesamten Bundesgebiet zu verzeichnen war, soll eine russische Hackergruppe gewesen sein, wobei anscheinend bis heute unklar ist, ob diese eigenmächtig oder im Auftrag handelte.

Am Ende ist das auch nebensächlich, denn so vielfältig, wie die Angriffe sind, so vielfältig sind auch die Motivationen. Wir wissen, dass sich moderne Kriegsführung auch in den digitalen Raum verlagert und mit einem Krieg, wie wir ihn derzeit wegen des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine zu verzeichnen haben, auch Attacken auf Verbündete steigen können [...]

Für den Angegriffenen ist die Motivation im Zweifel auch zweitrangig. Wenn überhaupt, ist für den Betroffenen von Interesse, ob es eine Geldforderung gibt und wie hoch diese ist. Aber an erster Stelle steht jedoch der Schaden, der verursacht wurde, und der kann immens sein, insbesondere dann, wenn kein Backup vorhanden ist [...]



Michael Noetzel, DIE LINKE

Ich bin davon überzeugt, dass die Landesregierung entsprechend gut aufgestellt ist beziehungsweise sich immer besser aufstellen wird. Das wird allein durch die Bündelung von Digitalisierung und Sicherheit im neu eingerichteten Innenministerium deutlich. Insofern danke ich der FDP-Fraktion für den Titel der Aktuellen Stunde,

*(René Domke, FDP:
Gern geschehen!)*

[...] Die sechs digitalen Innovationsräume sind wichtige Anlaufstellen für Start-ups, für bestehende Unternehmen, für Kreative, aber auch für Studentinnen und Studenten sowie für Bürgerinnen und Bürger.

Die Einrichtung der Stabsstelle „Digitaler Wandel“ mit einem fünfköpfigen Team war ein weiterer wichtiger und richtiger Schritt, um Akteurinnen und Akteure zu vernetzen und eine koordinierende Stelle zu haben. Die Digitalisierung kann ein Wachstumstreiber der Wirtschaft sein.

Klar ist aber – und darauf möchte ich hinaus –, dass Cybersicherheit das A und O ist in einer sich weiter digitalisierenden Wirtschaft und Gesellschaft. Und wie die Industrie- und Handelskammern feststellten, wird die Cybersicherheit insbesondere von vielen kleinen Unternehmen stiefmütterlich behandelt und unterschätzt. Eine Umfrage hat ergeben, dass von 100 Unternehmen, die an einer Befragung teilgenommen haben, bereits ein Drittel Ziel von Angriffen waren. Die Schäden reichen von gestohlenen Daten bis hin zu Lösegeldpressungen.

Hier ist und bleibt ein klarer Bedarf für Schulungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dazu muss das Thema bei den Unternehmerinnen und Unternehmern auch noch stärker ins Bewusstsein rücken. Auch hier sehe ich mit der geschaffenen flächendeckenden Infrastruktur an Innovationszentren die Möglichkeit, dass sich unsere Unternehmen besser aufstellen, denn der größte Unsicherheitsfaktor ist und bleibt der Mensch, der viel zu oft Türen für Angriffe erst öffnet, und da nützt dann auch das beste Virenprogramm nichts [...]

■ Ann Christin von Allwörden, CDU:

„Die große Überschrift von allen Maßnahmen, [...] lautet Prävention.“

Fotos: Uwe Sinnecker



[...] die Gefahren für unser Land, für die Bürger in unserem Land aus dem Bereich des Cyberraumes werden keinen Deut weniger gefährlich für uns und die Gefahren sind ebenso hoch. Und hier hätte im Grunde schon viel früher auch ein Sondervermögen in die Hand genommen werden müssen, um diese Gefahren zu bannen. Aber was ist passiert? Leider, wie ich es eben auch schon mal sagte, gar nichts. Eine Zeitenwende in diesem Bereich wurde nicht angekündigt. Frau Faeser hat zwar Mitte des letzten Jahres eine Cybersicherheitsagenda auf den Weg gebracht, also Maßnahmen vorgelegt, etwas angekündigt, aber seitdem ist auch leider wieder nichts mehr passiert.

[...] um diese Aktualität auch noch mal etwas plastischer darzustellen, hat Herr Wulff eben ganz, ganz, ganz viele Beispiele genannt von Cyberangriffen, die nur im Monat April getätigt worden sind, von Ländern wie Russland, China oder Nordkorea auf unser Land. Und wir dürfen auch auf gar keinen Fall den Fokus nur auf unsere Verwaltung legen, [...]

Aber genauso groß, wenn nicht noch größer, sind die Gefahren natürlich auch für unsere wirtschaftlichen Unternehmen. Wir haben im Jahr in Deutschland einen Schaden durch Cyberangriffe im wirtschaftlichen Raum von – und das müssen Sie sich auf der Zunge zergehen lassen – 203 Milliarden Euro. 203 Milliarden Euro Schaden! Und das bewegt jetzt aber niemanden dazu zu sagen, wir müssen unbedingt in diesem Bereich aufrüsten. Nee, man nimmt das irgendwie so hin und sagt, na ja, müssen wir vielleicht irgendwann mal drüber reden. Nee, eigentlich sind wir schon in diesem Bereich weit nach zwölf. Wir hätten längst viel, viel mehr in die IT-Sicherheit, in die Sicherheit von Infrastruktur stecken müssen.

[...] Wir hatten eine Anhörung zum Thema Cybersicherheit im Innenausschuss, und ich bin ganz ehrlich, auch ich bin



Ann Christin von Allwörden, CDU

wirklich geschockt aus dieser Anhörung rausgegangen. Uns wurde da sehr, sehr deutlich gemacht, dass wir sehr, sehr wohl ein offenes Scheunentor sind in Mecklenburg-Vorpommern. Das jetzt schönzureden, halte ich für sehr, sehr schwierig, denn das sagt mir jetzt ja eigentlich im Grunde, wir sind immer noch nicht bereit, das Problem zu sehen, wir sind immer noch nicht bereit, Geld in die Hand zu nehmen für Personal, für Prävention, wir sind immer noch nicht bereit, dieses Problems tatsächlich auch Herr zu werden.

Ich glaube aber, dass das auch genau in unserem Verantwortungsbereich liegt, auch für unsere Wirtschaftsunternehmen im Land, denn die große Überschrift von allen Maßnahmen, die wir treffen müssen, lautet Prävention. Prävention! Wir müssen den Menschen, der vorm Computer sitzt, der vor der Infrastruktur sitzt, den müssen wir mitnehmen. Wir müssen geschultes Personal in die Fläche schicken, den Menschen zu sagen, wie schützen wir uns, wie schützen sie sich vor Cyberangriffen. Das ist das A und O, damit uns das auch gelingt, vor allen Dingen auch dann die Ermittlungsbehörden überhaupt in eine Situation bringen zu können, in der sie der Lage überhaupt Herr werden können im Ermittlungsbereich.

Denn sind wir doch mal ehrlich, wir hecheln dem Ganzen nur hilflos hinterher. Wir werden in dem Ganzen im Ansatz nicht Herr der Lage, und das muss man auch mal in aller Deutlichkeit so sagen. Es ist so, wir haben nicht genug Personal, wir stecken nicht genug in Sachausrüstung. Wir sind uns der Sache Prävention auch nicht bewusst.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)

[...] Das ist wichtig, zusammen auf den Weg bringen, was erforderlich ist, um unser Land effektiv vor Cyberangriffen zu schützen.

■ Philipp da Cunha, (SPD):

„Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Ich musste ganz ehrlich am Anfang daran denken, als ich das Thema gelesen habe, [...] die meisten von Ihnen kennen ja noch die Plakate [...] „DIGITAL FIRST. BEDENKEN SECOND.“ Das war [...] in einem der Wahlkämpfe ja intensiv [...]. Da fragt man sich schon, okay, ist denn Bedenken second, ist denn die Sicherheit an der Stelle sozusagen für die FDP zweit-rangig und man will dann zuerst erst mal digital umsetzen.

(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)

Ich glaube, [...] wenn wir neue Prozesse mit ins Netz [...] nehmen, wenn wir neue Sachen verknüpfen, bauen wir automatisch mögliche zukünftige Schwachpunkte auf. Deswegen muss [...] auch immer geschaut werden, welche Probleme können damit einhergehen.

Und wenn ich jetzt [...] Frau von Allwörden höre,

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

dass für die CDU Prävention bisher kein Thema war, tut mir leid sozusagen, für uns war es das. Da sprechen Sie wahrscheinlich nur für Ihre eigene Fraktion.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber was kann denn eigentlich passieren? [...] [D]er Minister hat gesagt, wie viele Tausende, Zehntausende, Hunderttausende Angriffe so ein Landesnetz hat. Und das betrifft nicht nur das Landesnetz [...]. Wir haben immer mehr vernetzte Geräte. Wenn wir ehrlich sind, haben wir mittlerweile Armbanduhrn, die mithören können, durch die, wenn Sie wollen, auf Mikrofone zugegriffen werden kann. Das heißt, auch die Frage [...], wie geht man mit Geheimsachen um [...]. [...] Wir haben mittlerweile Kühlschränke, wir haben Mikrowellen, wir haben alles Mögliche, was sich vernetzen lässt,

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

was, wenn man möchte, ein Sicherheitsproblem mitbringt. [...] Wenn wir uns die letzten Jahre anschauen, dann können wir sehen, dass gerade auch Angriffe auf Netze teilweise durch Mitarbeiter bedingt sind, die vielleicht im Vorfeld sensibilisiert wurden bei allen möglichen Sachen, aber auf einmal ist da wirklich eine E-Mail, ist ein USB-Stick von einer ganz bekannten Person. [...]

Wenn wir anschauen, USB-Sticks können es sein, es können E-Mails sein, neuerdings, wir sehen, Firmen, aber auch Verwaltungen arbeiten mit QR-Codes. QR-Codes sind genauso Einfallspunkt. Autokennzeichen – [...] ich kenne ein Beispiel aus den USA, da hat jemand sich gedacht, [...] er macht einfach aus seinem Kennzeichen Null, er schreibt einfach N-U-L-L rauf [...]. Auf einmal hat er Tausende, Zehntausende von Strafzetteln bekommen, weil [...] wenn nicht genau ein Kennzeichen hinterlegt war, war im System einfach Null hinterlegt.

(Heiterkeit bei David Wulff, FDP)

[...] []In der IT ist es einfach „nichts vergeben“, und er hat einfach Null, also „nichts vergeben“, reingeschrieben

(Heiterkeit bei Julian Barlen, SPD)

und er hat alle Strafzettel aus den USA bekommen, die irgendwie aufgetaucht sind, und hat ein Problem gehabt, da rauszukommen.

Und das sind Sachen, wenn man sich überlegt, na gut, wenn Null da drin ist, dann kann vielleicht auch eine Formel drin sein. Und wenn ich programmiere und eine Formel beispielsweise [...] reinpacke in so ein Feld [...] beim Onlineantrag, das sind alles Sachen, die muss ich bedenken. Und deswegen gibt es ja den IT-Grundschutz. Deswegen gibt es ja gewisse Sicherheitsstandards, die genau dafür sorgen, dass ich, wenn ich so etwas programmiere, immer auch mit so was rechnen muss [...].

[...] Und was das Land macht, hat der Minister auch gerade gesagt, Unterstützungsangebote für Kommunen, Weiterbildung, Sensibilisierung, die Frage, wirklich, die Hacker kommen.

[...] Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Dass die Schwierigkeit damit einhergeht, dass die Technik sich immer verändert, dass wir immer neue Sachen bekommen, führt dazu, dass jeder Bürger und jede Bürgerin genauso wie jeder Mitarbeiter in der Verwaltung immer schön Updates installieren sollte [...], dass dann die Schwachstellen, die aktuell bekannt sind, auch tatsächlich behoben werden. Und ich glaube, wir sind da gemeinsam auf einem guten Weg. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

■ Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Eine gelungene Digitalisierung steht und fällt mit den zuständigen Menschen.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete der demokratischen Fraktionen! [...]

Mein Eindruck hier im Land ist häufig, Geld wäre schon irgendwie da, es fehlt aber am Ende an den Fachkräften. Eine gelungene Digitalisierung, und dazu gehört insbesondere der Bereich der IT-Sicherheit, steht und fällt mit den zuständigen Menschen. Und da, werte Kolleginnen und Kollegen, da haben wir wirklich Handlungsbedarf. [...]

Punkt 1.
Fördern wir das allgemeine Technikverständnis!

Ein Grund, warum wir in Deutschland so viele gut ausgebildete Ingenieur/-innen haben, ist, dass es bisher immer einfach war, die Technik, die wir nutzen, auch verstehen zu können. Die sprichwörtliche „Schrauber-Mentalität“ setzt voraus, dass ich Dinge aufmachen kann, verstehe, wie sie funktionieren, und dann vielleicht sogar mit ein bisschen Tuning wieder zusammensetzen kann. Das müssen wir bewusst fördern, wenn wir überlegen, mit welcher Technik wir Kinder und Jugendliche zum Beispiel in den Schulen und in der Ausbildung konfrontieren.

Ich war da kürzlich selber erst im Schülerforschungszentrum in Rostock – einmalige Sache leider in Mecklenburg-Vorpommern –, aber da konnte man sehen, wie junge Menschen rangeführt werden. Als sozusagen die einzige „Nerd AG“ haben sie sich bezeichnet in Mecklenburg-Vorpommern, und davon brauchen wir viel, viel mehr. Und das müssen wir auch als Land fördern, weil nur so kriegen wir dieses Technikverständnis, diese Talente in den Schulen schon gefördert. [...]

Punkt 2.
Fördern wir diejenigen, die wissen, wie es schon geht!

Es gibt auch in Mecklenburg-Vorpommern Menschen, die bereit und in der Lage sind, sich für unsere gemeinsame digitale Sicherheit einzubringen, entweder weil sie selbst die Schrauber- oder in diesem Fall vielleicht eher Hacker-Mentalität entwickelt haben oder weil sie vielleicht das Glück hatten, erst vor Kurzem ihre Ausbildung beendet zu haben, dort bereits die wesentlichen Dinge über IT-Sicherheit gelernt zu haben, vielleicht auch mal von einer jungen Ausbilderin oder einem jungen Ausbilder Themen gelernt haben, die eben vor 10/15 Jahren noch nicht auf dem Lehrplan standen. [...] Diese Leute müssen wir mit offenen Armen empfangen – in den Unternehmen, insbesondere aber auch in der öffentlichen Verwaltung.

[...] Und das hängt am Ende tatsächlich dann auch an der Bezahlung, aber auch an den sonstigen Bedingungen, die wir eben Familien hier in Mecklenburg-Vorpommern bieten können. Da geht es um das Leben auf dem Land, gute, kurze Wege, gute Schulen, gute Kita. [...]

Punkt 3.
Fördern wir die Sicherheit für alle!

[...] wenn wir in der Politik über IT-Sicherheit reden, dann muss wenigstens kurz auch das große Bild gezeichnet werden. Ich kann nicht einerseits von Herstellern fordern, dass sie Sicherheitslücken fixen, andererseits als Staat Lücken, die ich selbst finde oder ankaufe, finden lasse, zurückhalten, um sie für die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden zu nutzen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Digitale Sicherheit gibt es entweder für alle oder für niemanden. Auch der Staat muss sich daher verpflichten, Sicherheitslücken, über die er Kenntnis erlangt, unverzüglich zu melden. Und wer eine Schwächung von Verschlüsselung fordert, der muss sich klar sein, dass er uns alle damit auch gefährdet – die Menschen in diesem Land, die Unternehmen und nicht zuletzt auch die öffentliche Verwaltung. [...]

„Verantwortungsgemeinschaft“ für Menschen auf der Flucht

Gemeinsam für eine humanitäre Asylpolitik



Julian Barlen

Manuela Schwesig

Jan-Phillip Tadsen

Robert Liskow

■ Am 10. Mai tagte Bundeskanzler Olaf Scholz mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder in Berlin, um die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Flüchtlingspolitik zu erörtern. Einen Tag nach diesem „Flüchtlingsgipfel“ informierte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig das Parlament über die Ergebnisse und gab Gelegenheit zur Aussprache. Gemäß dem Thema der Berliner Beratungen ging es um die faire Unterstützung der Kommunen, die legale und gesteuerte Immigration nach Deutschland, beschleunigte Asylverfahren, die konsequentere Rückführung abgelehnter Asylsuchender sowie die verbesserte Integration derer mit einem Bleiberecht.

Um Humanität und Machbarkeit angesichts der „großen Aufgabe“ von Asyl und Flucht auf „einen praktischen Nenner zu bringen“, sah Fraktionsvorsitzender **Julian Barlen** (SPD) Bund, Land und Kommunen in einer „Verantwortungsgemeinschaft“ verbunden.

Denn neben der „moralischen Pflicht“ gebe es in Deutschland eine „sehr klare rechtliche Verpflichtung“ zum Asyl. Somit brauche es aller verfügbaren Akteure auf jeder Ebene, damit Flüchtlinge nicht nur als Herausforderung, sondern auch als Chance begriffen würden. Mit diesem „360 Grad Blick auf das Thema“ habe der Bund den Ländern gestern mehr Geld bereitgestellt. Weiterhin werde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe die dauerhafte Finanzbeziehung ausgestal-

ten. Besprochen wurden darüber hinaus die Digitalisierung der Behörden, Vereinfachungen bei der Errichtung von Unterkünften, „und eben auch eine stringenter Anwendung des geltenden Rechts rund um die Asylverfahren“.

Es könne nur gemeinsam gehen, knüpfte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) an. Mit 23.000 ukrainischen Flüchtlingen und weiteren 7.300 Asylbewerbern in laufenden Verfahren stoßen die Kommunen im Land an ihre Grenzen. Bei steigenden Flüchtlingszahlen müsse die Unterstützung des Bundes steigen. „Ja, was denn sonst?“, fragte die Landeschefin, die die „konfrontative Debatte mit der Bundesregierung“ am Tag zuvor als nicht „angemessen“ empfand. Nach langen Diskussionen habe der Bund den Ländern eine Milliarde Euro zugesichert – 19 Millionen davon für MV. „Unabhängig von der Debatte mit dem Bund“, versicherte Manuela Schwesig, erstatte das Land den Kommunen alle Kosten der Unterbringung. Doch ein „dauerhaftes“ Finanzierungssystem des Bundes sei unumgänglich. Genauso wie es klarer Verabredungen des Bundes mit Herkunftsländern bedürfe, damit abgelehnte Asylsuchende Deutschland wieder verlassen.

Jan-Phillip Tadsen (AfD) würde in diesen Krisenzeiten eine „Lösungsgemeinschaft“ einer „Verantwortungsgemeinschaft“ vorziehen. Der „unwürdige Verteilungskampf um Steuergelder“ unterstreiche das „schwache Ergebnis“ der Zusammenkunft in Berlin.

Die Antwort der AfD-Fraktion sei die Forderung nach Kontrolle über die Grenzen. Menschen ohne Aussicht auf ein Bleiberecht sollten schon an den Außengrenzen zurückgewiesen werden, etwas, was auch Polen und Litauen ansprachen. So könne man von vornherein die Kosten der illegalen Migration senken. Anstatt neuer Sondervermögen und Verschuldung wolle die AfD in die Zukunft des Landes investieren. Heute fehlten bundesweit 378.000 Kita-Plätze und 700.000 Wohnungen müssten gebaut werden. So müsse es nicht verwundern, wenn 69 Prozent der Bürger in Ostdeutschland diese Politik nicht mehr wollten.

Die knapp 20 Millionen Euro mehr für MV seien „schön“, würden aber nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden **Franz-Robert Liskow** (CDU) das Problem der zu hohen Flüchtlingszahlen „natürlich nicht lösen“. Wer behaupte, dass die deutschen Sozialleistungen nicht der Grund für die vielen Flüchtlinge seien, mache sich und den Bürgern etwas vor. Die „paar kleineren Maßnahmen“ von gestern lösten „das strukturelle Problem in diesem Land eben nicht“.

Er und seine Fraktion seien für Asylzentren an der EU-Außengrenze. Eine „wunderbare Idee“, gab er zu. Das EU-Türkei-Abkommen habe funktioniert. Leider versäumte die aktuelle Bundesregierung den Abschluss weiterer Abmachungen. Es sei ein Herumdoktern an den Symptomen, jedoch weder eine Lösung noch eine Strategie, darauf zu hoffen, dass die Zahlen von allein sinken.



Steffi Pulz-Debler



Anne Shepley



René Domke

Robert Liskow

Die Aufnahme Schutz suchender Menschen, so **Steffi Pulz-Debler** (DIE LINKE), sei eine „humanitäre Verpflichtung“, der sich das Land stelle. Anders als in den meisten Bundesländern trüge das Land sowohl die vollständigen Kosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz als auch die für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und die anteiligen Ausgaben für ukrainische Kriegsvertriebene. Sie empfinde es „als ein sehr starkes und wichtiges Signal“, dass alle Bundesländer Deutschland als Einwanderungsland sehen und somit Migration und Integration als „eine dauerhafte Aufgabe“ annehmen. „Abschottung, Abschreckung, Abschiebung“ trügen nicht zur Bekämpfung von Fluchtursachen bei, kontierte die Abgeordnete Vorschläge von Asylzentren an der europäischen Außengrenze. Die Grundrechte von Schutzsuchenden zu verletzen, könne weder „die gemeinsame Antwort Europas“ noch der Bundesrepublik sein.

Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragte sich, „wie hoch denn die Zäune um Europa werden sollen, wenn diese Debatte abgeschlossen ist“. Das Papier der Berliner Beratungen setze auf die Ausweitung der Kontrollen an den Binnengrenzen, erweiterte Durchsuchungsrechte von Wohnraum, längere Haftzeiten bei Rückführung, Asylverfahren in Lagern an den EU-Außengrenzen und konsequente Abschiebungen. Welches Signal wolle man hier mit dem Einstimmen in den „populistischen Kanon von rechts“ denn setzen? Die relevanten Fragen seien die nach nachhaltiger Unterbringung, Bildung, medizinischer Versorgung, Zugang zum Arbeitsmarkt. Für „das drängendste Problem“, die fehlende Unterbringungskapazität, biete das Dokument überhaupt keine Lösung. Anne Shepley warnte vor Scheindebatten über Mauern: „Wer Europa zu einer Festung ausbaut, der errichtet Gefängnismauern für uns alle.“

Der Fraktionsvorsitzende **René Domke** (FDP) bejahte die humanitäre Verantwortung beim Thema Flüchtlinge. Er verwies auf frühere Forderungen der Opposition nach einer zentralen Koordinierungsstelle und beschleunigte Verfahren. Auch über die bessere Kooperation auf europäischer Ebene nach dem Dublin-Verfahren habe man schon oft gesprochen. „Das ist doch nichts Neues!“, verdeutlichte der Abgeordnete. Er wundere sich, dass man im Jahr 2023 noch immer von der „Herausforderung einer digitalen Erfassung“ rede. Erst Mitte Juni 2023 solle konkreter über das Ausländer-Zentralregister gesprochen werden. Warum erst dann und warum gehe man nicht mit konkreten Vorschlägen in die nächste Ministerpräsidentenkonferenz, wollte René Domke wissen. Geld löse nicht alle Probleme. Besser wäre eine Analyse, ob die Mittel an der richtigen Stelle ankämen.

Er wolle gern wiederholen, so Innenminister **Christian Pegel** (SPD), was man vielleicht gar nicht oft genug wiederholen könne: in MV gebe es seit geraumer Zeit „ein Flüchtlingsaufnahmegesetz, das nur in ähnlicher Weise Bayern bereithält“. Stark verkürzt laute es: „alle mit der Unterbringung, Betreuung und Verpflegung verbundenen Aufwendungen der Kommunen trägt eins zu eins in Spitzabrechnung das Land“. Das sei die sehr positive Grundlage der Zusammenarbeit. Auch befasse man sich mit der Beschleunigung der Asylanträge, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bearbeitet werden. In den Jahren 2015/16 wurden europaweit „umfangreiche Datenbanken eingeführt“. „Klar haben wir gelernt“, versicherte der Minister. Auch für Abschiebungsfragen gebe es längst eine Zentralisierung. Aber das nütze nichts, wenn in gewisse Länder gar nicht zurückgeführt werden könne.

Julian Barlen (Fraktionsvorsitzender SPD) reflektierte in seiner Erwiderung auf die Debatte nochmals auf die Schlagworte „Verantwortung“ und „Gemeinschaft“, die er in der Diskussion vermisst habe. Andere Bundesländer würden deutlich anerkennen, was hier in MV geleistet werde. Darum weise er die Äußerung von Landrat Tino Schomann gegenüber den Medien zurück, die Ergebnisse des Berliner Gipfels seien ein „Witz“.

Gerade in Bezug auf den Landkreis Nordwestmecklenburg habe es widersprüchliches Agieren zwischen Staatskanzlei und Innenministerium gegeben, entgegnete **Daniel Peters** (CDU). Hier seien keine Landesliegenschaften für Erstaufnahmeeinrichtungen angeboten worden. Warum habe man also Landrat Schomann „hängen gelassen“?

Für **René Domke** (Fraktionsvorsitzender FDP) blieben die Fragen nach der sinnvollen Verwendung der Bundesmittel, der Digitalisierung der Asylverfahren und der Migration in den Arbeitsmarkt offen. Er warb dafür, diese komplexen Zusammenhänge in einer Enquete-Kommission zu beraten, denn „wir brauchen einen Gesamtansatz“.

Asylpolitik nicht zu Lasten der Bürger

Migration unter Kontrolle bringen

■ Die illegale Migration nach Deutschland führe nicht nur zu wachsendem Unmut in der Bevölkerung, sondern auch zu einem „Asylchaos“, begründete die AfD ihren Antrag zur Flüchtlingspolitik. Die Fraktion verurteilte die politische Ignoranz gegenüber den Sorgen der Bürger. Denn auf kommunaler Ebene seien die Aufnahme- und Integrationskapazitäten erschöpft. Darum dürfe es keine weiteren Zuweisungen an Kommunen ohne Aufnahmekapazitäten geben. Auf der anderen Seite sei eine Rückführungsoffensive für Menschen ohne Bleiberecht notwendig. Hier könnte ein Landes-Rückführungsbeauftragter ansetzen. Zudem würden verstärkte Kontrollen und Transitzentren an der deutschen Grenze und ein wirksamer EU-Außengrenzschutz vorbeugend wirken. CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD lehnten die AfD-Initiative ab.

Viele Umfragen bestätigten das zunehmende Unbehagen der Bürger in Bezug auf die steigende Zahl von Flüchtlingen in Deutschland, führte Jan-Phillip Tadsen (AfD) aus. Die Befürchtungen reichten von „Einwanderung in die Sozialsysteme“ über „Anstieg bei der Gewaltkriminalität durch Zuwanderer“ bis zum Schutz der EU-Außengrenzen. An erster Stelle stehe für die AfD die Forderung an den Bund für verstärkte Kontrollen an der deutschen Grenze und die Einrichtung von Transitzentren.

Ferner sei es keine gute Lösung in strukturschwachen Kommunen neue Gemeinschaftsunterkünfte, oft als Containerbauten, zu errichten. Weiterhin wolle die AfD eine intensiviertere Rückführung und einen Rückführungsbeauftragten in MV. Jan-Phillip Tadsen habe vernommen, dass einige Länder „ganz offen“ über „Binnengrenzkontrollen, Einreiseverweigerung, Zurückweisungsmöglichkeiten und Grenzsicherungsmaß-

nahmen auf EU-Ebene als Option“ redeten. Das entspreche dem Ansinnen der AfD: „Wir wollen Kontrolle statt Container und das herrschende Asylchaos stoppen“.

Von Chaos sei nichts zu spüren, richtete sich Innenminister Christian Pegel (SPD) an die AfD. Bereits vor sechs Wochen habe der Landtag einen Antrag verabschiedet, der sich dieser ganz kleinen Gruppe von Gefährdten und Intensivstraftätern widme und „um die wir uns besonders kümmern müssen“.

Die EU lebe davon, dass wir uns im Schengen-Raum frei bewegten und der Grenzschutz an den Außengrenzen stattfinde. Die im AfD-Antrag geforderten Kontrollen an den Binnengrenzen waren für den Minister ein „deutlicher“ Verstoß gegen das Schengen-Abkommen. Kaum ein Land profitiere so sehr wie Deutschland von dem gemeinsamen Wirtschaftsraum.

Das Thema Rückführung und Abschiebung gehöre „zur offenen Selbstbetrachtung dazu“, auch wenn es von den Parteien nicht so gern behandelt würde. Die Abschiebehaftplätze, die das Land MV gemeinsam mit Schleswig-Holstein in Hamburg unterhalte, seien ausreichend. Hier bestünde kein Handlungsbedarf.

Es bringe nichts, kam Christian Pegel auf das eingangs Geäußerte zurück, sich „von einem sehr großen Tortenstück“ immer nur den Rand anzuschauen und dann zu behaupten, dies seien 100 Prozent. Straftäter und Gefährder seien ein „ganz kleiner Teil eines sehr großen Tortenstücks“.

Ann Christin von Allwörden (CDU) schien es, als wenn die AfD „am liebsten noch zehn Tagesordnungspunkte zu diesem Thema machen möchte“. Die Abgeordnete schloss sich der Sichtweise des Innenministers an, dass sich die AfD an einem einzigen Aspekt der Asylpolitik festhalte und dabei das Gesamt-

bild aus den Augen verliere. Die AfD wähle sich ein kleines Stück von der Torte aus und vergesse den großen Rest. Sie sei nicht bereit, dem „immer wieder eine Plattform zu geben“. Der CDU-Fraktionsvorsitzende habe schon in seiner Rede zum Berliner „Flüchtlingsgipfel“ eindeutig die Position der Fraktion erklärt.

Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE) lehnte ab, der mit dem vorliegenden Antrag unterstützten „Schmutzkampagne der AfD“ noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Sie zeigte sich über die öffentliche Diskussion der AfD verärgert, in der es „vorrangig darum geht, Menschen auf der Suche nach Schutz abzudrängen, zu beschimpfen, vorzuverurteilen und zu illegalisieren“.

Sie wolle „laut und deutlich sagen“: Sich über Fluchtbewegungen aufzuregen, ohne auf Ursachen und Hintergründe zu schauen, gleichzeitig aber „Grenzzäune“ und „Inhaftierungslager“ zu fordern und „dabei unbekümmert einen Wohlstand genießen“, der auf Ausbeutung der Ressourcen anderer Länder beruhe – das sei wie schlechte Medizin, die nur Symptome behandle und nicht die Ursachen.

Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmte den Ausführungen der drei Vorredner zu. Sie fand die Beschreibung von Innenminister Pegel, „dass wir nicht immer nur ein Teilstück anschauen können und das große Ganze vergessen“, treffend. Es falle ihr generell schwer, auf die AfD-Anträge einzugehen und einen Ansatzpunkt zu finden. Es sei heute bereits viel darüber debattiert worden, „wie wir in unserem Land geflüchtete Menschen aufnehmen, wie wir Schutz bieten können“ und wie die Kommunen „für diese Aufgabe, die vor uns liegt und die auch weiterhin vor uns liegen wird“ besser ausgerüstet würden. Sie dankte allen demokratischen Fraktionen für den guten Austausch. Sie habe an dieser Stelle, auch für ihre Fraktion, nichts weiter hinzuzufügen.

„Klarheit und Ordnung“ habe das Papier der Ministerpräsidentenkonferenz gebracht, bezog sich René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP) auf den vorausgegangenen Tagesordnungspunkt zur Flüchtlingspolitik. Dies gelte es nun umzusetzen. Der Abgeordnete konnte dem AfD-Antrag nichts entnehmen, was das noch „verändern oder verbessern“ würde. Darum wolle er es sich „ersparen“ weiter auf den Antrag einzugehen.

Ihre Fraktion sei ebenfalls der Meinung, dass sich das Parlament mit den Forderungen in diesem heutigen Antrag schon bei der letzten Landtagssitzung hinreichend auseinandergesetzt habe, setzte **Martina Tegtmeier** (SPD) fort. Dem könne nichts hinzugefügt werden. Sie wolle lediglich aufzeigen, dass die AfD-Fraktion „immer nur das verwendet, was genau in ihr Weltbild passt“. Der Antrag bezöge sich auf die Allensbach-Umfrage, wonach eine Mehrheit der Bürger die derzeitige Migrationspolitik nicht befürworte. Nach dieser Umfrage seien aber noch über 50 Prozent der Befragten der Meinung, „dass unser Asylrecht eben nicht verschärft werden soll“. Dies komme in den Ausführungen der AfD nicht vor und sei ein „schönes Beispiel“ für die „sehr einseitige Sicht“ der Partei auf das Asyl- und Flüchtlingsgeschehen.

Jan-Phillip Tadsen (AfD) sah in der Debatte „Anzeichen für eine gewisse Form der Diskussionsverweigerung“, aber wohl auch Ermüdung nach der vorausgegangenen Aussprache mit dem gleichen Schwerpunkt. Sein Fraktionskollege Horst Förster (AfD) bekräftigte, es sei „unumgänglich“, das Thema weiter zu verfolgen. Die unregulierte Massenmigration im Jahr 2015 habe die „Bevölkerungsstruktur geradezu von heute auf morgen geändert“. So etwas bringe Probleme, ganz gleich, wie man grundsätzlich zur Migration stehe.

Das Asylrecht der Bundesrepublik sei aus der Nachkriegserfahrung heraus entstanden, erklärte Horst Förster. Deutschland sei das „einzige Land auf der Welt, bei dem Asyl in der Verfassung steht“, als ein einklagbares Grundrecht für Ausländer. Dies sei 1993 durch die Drittstaatenregelung ergänzt worden, nach der niemand Anspruch auf Asyl habe, wer aus einem sicheren Drittstaat einreise. Das seien aber heute fast alle Fälle. Ginge es so weiter, berge die Entwicklung einen

ungeheuren sozialen Sprengstoff in sich. „Jeden aufnehmen, egal, woher er kommt, egal wie viele, das schafft kein Land auf dieser Erde“, schloss Horst Förster.

Der Antrag wurde bei Zustimmung der AfD und Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt.

*Antrag AfD
Drucksache 8/2098*

Zukunftsvision: Bioökonomie

Eine Strategie für eine regionale, ökologische und nachhaltige Wirtschaft in MV

■ **MV bietet viel natürlichen Reichtum. Die Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion sowie erneuerbare Energien profitieren davon. Doch wie zukunftsfähig sind diese Bereiche angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung und schwindender Naturressourcen?**

Diese Überlegungen bewegten die Regierungskoalition, als sie um eine Neuausrichtung der Wirtschaft im Sinne einer Bioökonomie warb. Hierbei bilden nachwachsende Rohstoffe die Grundlage einer Kreislaufproduktion, die Rohstoffe effizient und verlustlos und über Branchen hinweg verarbeitet. Neueste Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung und innovative Technologien unterstützen die Verschmelzung von Wirtschaft mit Naturschutz und Nachhaltigkeit. Der Entwurf einer Bioökonomiestrategie für das Land soll nach dem Willen von SPD und DIE LINKE der erste Schritt in der Ausarbeitung dieser weitsichtigen Vision werden. FPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN brachten Änderungsanträge ein.

Bioökonomie, erklärte **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD), bedeutet „die planetaren Grenzen [...] zu akzeptieren und die Bedarfe an diese Grenzen anzupassen“. Die Herausforderung sei die Erhöhung der landwirtschaftlichen Wertschöpfung

durch „kluge und nachhaltige Produktentwicklung“ und den Übergang zu einer „kreislauforientierten Wirtschaft“. Dafür sei nach Ansicht der Politikerin Forschung und Entwicklung entscheidend, „um künftig jeden Baustein unserer Rohstoffe konsequent zu nutzen“. Was im Land noch fehle, sei ein Forschungscluster Ernährungswirtschaft. An der Hochschule Neubrandenburg arbeite das Zentrum für Ernährung und Lebensmitteltechnologie (ZELT) gGmbH bereits interdisziplinär. Agrarwissenschaften, Lebensmittel- und Produkttechnologie sowie Diätetik seien ein idealer „Nukleus“ für Ernährungswirtschaft und für eine Start-up-Szene Lebensmittelproduktion.

Nach „tiefer Überzeugung“ von Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** sind die Bioökonomie, die Bioökologie und die soziale Verantwortung die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Die globalen Klimaprobleme erforderten eine Transformation von einer marktwirtschaftlichen, auf fossilen Energien basierenden Strategie hin zu einer bioökologischen Ökonomie. Diese funktioniere mit einer völligen Reststoffverwertung innerhalb eines Kreislaufsystems, das Wertschöpfungsketten komplett schließe. Darum sei es für den Minister „eine ressortübergreifende, ressourcenübergreifende und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich diesem Thema zu stellen“. „Unterm Strich“ bekomme MV „den Stempel“ für die Entwicklung einer Bio-basierten und ökologisch, ökonomisch und sozial verantwortungsvollen Wirtschaft „aufgedrückt“. Er sehe dies als eine „Riesenchance“.

„Bioökonomiestrategie“ war für **Thore Stein** (AfD) ein „groß klingender Titel“ für das Papier der Regierungskoalition. „Jeder vernünftige Unternehmer“ in der Landwirtschaft, versicherte der Politiker, bekomme schon jetzt „einen maximalen Ertrag bei minimalem Ressourceneinsatz“ und gleichzeitiger Ernährungssicherung hin.

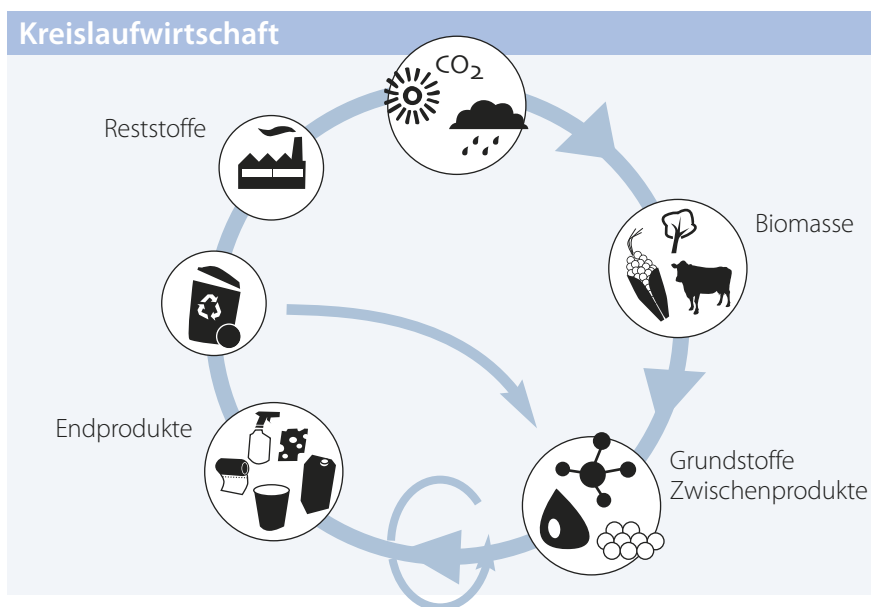
Für ihn „schwingt“ im Antrag „die Wunschvorstellung von einem norddeutschen Silicon Valley der Bioökonomie mit“, allerdings ohne eine konkrete „Skizzierung des Weges dorthin“. Es bräuchte zuerst einen Absatzmarkt und Absatzwege, dann eine verarbeitende Industrie sowie eine Marktakzeptanz der

Produkte. Erst dann könne überlegt werden, die landwirtschaftliche Produktion darauf umzustellen. Der Abgeordnete zeigte sich der „Grundidee“ der Bioökonomie „gar nicht abgeneigt“. Aber für diese Drucksache gebe es keine Zustimmung der AfD.

Beate Schlupp (CDU) versicherte, dass sie Dr. Sylva Rahm-Präger als Person schätze. Auch erkenne sie, dass der Abgeordneten „das Thema am Herzen liegt“. Dennoch halte sie den Antrag „freundlich betrachtet“ für einen „Schaufensterantrag“. Die Änderungsanträge von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „retten ihn auch nicht“. Der Minister habe 15 Minuten lang dargestellt, dass der Antrag eigentlich nicht gebraucht werde, weil ja alles schon gemacht werde. „Und von daher“, fasste Beate Schlupp zusammen, „und vor dem Hintergrund, dass es die Koalitionsfraktion ohnehin nicht interessiert, welche Ideen die Opposition bei diesem wichtigen Thema hat, kann ich es kurz machen: Der Antrag ist uns zu wenig, er kommt zu spät und er enthält kein Konzept, das diesen Namen wirklich verdient. Von daher werden wir ihn ablehnen.“

Es ginge darum, formulierte **Daniel Seiffert** (DIE LINKE), das große Biomassepotenzial des Landes „stärker als bisher als wirtschaftliches Pfand zu nutzen und zu fördern“, „vereinfacht ausgedrückt“, so der Abgeordnete, „sollen nachwachsende Rohstoffe wie etwa Ackerfrüchte, Schilf oder Algen zu neuen hochwertigen Waren veredelt werden“. Ziel sei, nicht nur die Rohstoffe zu liefern, sondern „diese Produkte hier im Land weiter zu veredeln und zu verwerten, eine Kreislaufwirtschaft zu fördern und Flächenkonkurrenzen zu verringern“. Nachhaltige Baumaterialien, Biokunststoffe oder Phytopharmaka hätten eine Marktperspektive. Am Ende müssten bereits vorhandene Nischengüter den Sprung in die industrielle Massenproduktion schaffen. Daniel Seiffert entgegnete auf die Kritik der fehlenden Strategie, dass der Antrag doch vorschläge, diese zu entwickeln.

Die Entwicklung einer Bioökonomiestrategie sei ein „unterstützenswertes Ziel“, bestätigte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) für ihre Fraktion. Aber das Thema sei „komplexer“ als der vorliegende Antrag. Den Ansatz, die konven-



tionelle Landwirtschaft durch moderne Technologien umweltverträglicher zu machen, unterstütze ihre Fraktion. Doch sie vermisse „die Förderung der Innovationskraft auch der ökologischen Landwirtschaft“.

Sie empfahl, den Fokus der Wirtschaftlichkeit in der „Bioökonomie“ mit dem Fokus der „Nachhaltigkeitsökonomie“ zu ersetzen. Diese stelle „den Schutz des Klimas und die Regeneration der natürlichen Ressourcen ins Zentrum und richtet die wirtschaftlichen Tätigkeiten daran aus“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte in ihrem Änderungsantrag, sich an den Standards der Gentechnik-Regulierung der EU zu orientieren. Würde dies nicht berücksichtigt, könne sich ihre Fraktion nur enthalten, ließ die Politikerin wissen.

Natürlich wollen die Freien Demokraten „die Chancen der Bioökonomie“ für MV nutzen, hob **Sandy van Baal** (FDP) hervor. Sie bestätigte, dass MV mit seinem Rohstoffreichtum beste Voraussetzungen für die Bioökonomie habe. Die FDP teile die Überzeugung, dass eine Strategie ausgearbeitet werden müsse. Schwerpunkt sollte der „Ausbau des verarbeitenden Gewerbes“, die „Vernetzung der jeweiligen Akteure“ und ein „günstiges Start-up Klima“ sein.

In ihrem Änderungsantrag schlug die FDP das bestehende Bioökonomiezentrum in Anklam als geeigneteren Standort für ein Kompetenzzentrum vor. Anklam habe sich als Vorbild für den Umbau der Wirtschaft bewährt. Davon könnten die Hochschulstandorte Stral-

sund, Greifswald und Neubrandenburg gleichermaßen profitieren.

Um über die Prioritäten und die Vollständigkeit der Maßnahmen nachzudenken, beantragte Sandy van Baal die Überweisung in den Agrar- und Wirtschaftsausschuss.

Am Ende der Debatte stimmte **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD) zu, dass es „genau an dieser Schnittstelle fehlt“, nämlich wie man ein Erzeugnis in die Marktfähigkeit überführe oder auch Kleinserien teste. „Wir brauchen Produkte, die auch angenommen werden.“ Aber für deren Entwicklung und für die Erlangung von Marktreife sei ein Cluster wie Neubrandenburg mit dem ZELT ganz speziell geeignet, wo Forschung bereits stattfände und junge Leute Lust zum Gründen hätten.

An BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewandt, wies sie deren Änderungsantrag ab. Man wolle sich alle Optionen offenhalten und „schauen, wie sich die gesetzlichen Regelungen dafür entwickeln“. Denn „Epigenetik spielt natürlich eine Rolle“, das wolle man nicht generell ablehnen.

Alle Änderungsanträge und die Überweisung wurden mit den Stimmen der Regierungsfractionen abgewiesen. Dem Antrag selbst stimmte die Koalition zu. CDU und AfD lehnten ihn ab, während sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP enthielten.

*Antrag SPD, DIE LINKE
Drucksache 8/1950*

Lieferengpässe bei Medikamenten

Die kontinuierliche Arzneimittelverfügbarkeit ist eine Langzeitaufgabe

■ Bis vor Kurzem unvorstellbar, wurden im November 2022 Probleme bei der Beschaffung von rund 350 Arzneimitteln bekannt. Knapp ein halbes Jahr später listete das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte schon 479 Pharmaka. Besorgnis rief hervor, dass neben Antibiotika, Blutdrucksenkern und Krebsmedikamenten auch Kinderheilmittel betroffen sind.

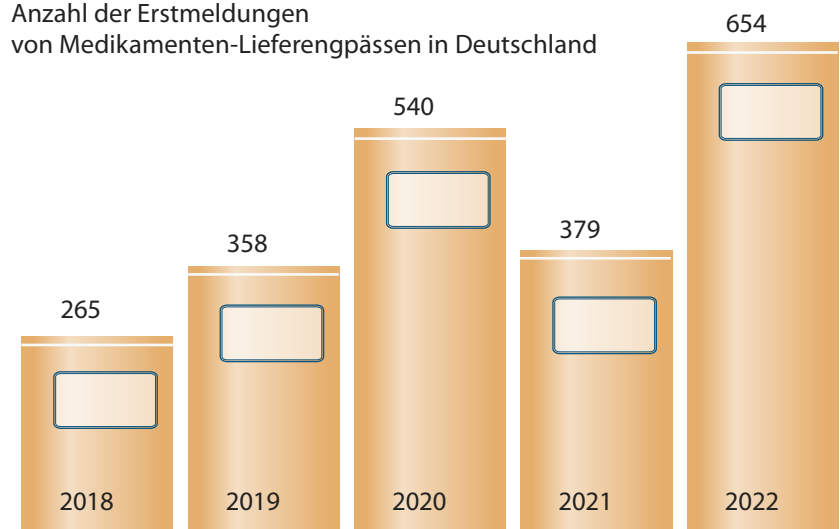
Obwohl die Verantwortung für diese Situation beim Bund liegt, forderte die CDU in ihrem Antrag die Landesregierung auf, der Mangellage sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene zu begegnen. Die Fraktion schlug den Abbau bürokratischer Hürden, erweiterte Entscheidungsspielräume von Apotheken und die Schaffung von Anreizen zur Ansiedlung von Arzneimittelproduzenten vor, „damit Deutschland wieder Apotheker der Welt wird“.

Als die CDU bereits im Januar den Versorgungsmangel thematisiert habe, erinnerte **Katy Hoffmeister** (CDU) das Parlament, war auf den Bund verwiesen worden.

Inzwischen hätten sich die Lieferprobleme weiter verschärft. Dies könnte zwar nicht allein auf Landesebene und auch „nicht von heute auf morgen“ behoben werden. Wenigstens habe das Land mit der Erlaubnis zur Einfuhr von nicht zugelassenen Antibiotika reagiert.

Aber sie vermisse „das kraftvolle und engagierte Engagement“, sorgte sich die Abgeordnete. Sie wisse, dass die im Antrag ihrer Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen „kein Allheilmittel“ darstellten. Aber sie seien „ein Ausgangspunkt“ und „eine echte Diskussionsgrundlage [...]“, um eine landesspezifische Strategie zu erarbeiten“. Klar müsse sein, dass es sich bei der Bewältigung der Lieferengpässe um eine dauerhafte Aufgabe aller Akteure handele.

Anzahl der Erstmeldungen von Medikamenten-Lieferengpässen in Deutschland



Quelle: Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte | Stand: 20.12.2022

Grafik: Uwe Sinnecker

Die Ursachen der Lieferschwierigkeiten seien vielfältig, gab Gesundheits- und Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) zu bedenken. Sie möchte aber betonen, dass bei Nichtverfügbarkeit „andere geeignete Medikamente oder alternative Therapien in Betracht“ kämen.

Viele Forderungen des CDU-Antrages seien erfüllt. Dazu gehörten die Einrichtung eines Beirats „Liefer- und Versorgungsengpässe“ beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte oder der Ausbau von Befugnissen der Apotheker.

Der Gesetzentwurf zum Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfung- und Versorgungsverbesserungsgesetz, kurz ALBWVG, befinde sich im beschleunigten Verfahren im Bundesrat. Weiterhin würden Anreize geschaffen, um die Wirkstoffproduktion von Antibiotika wieder nach Europa zu verlagern.

Die Versäumnisse der Vergangenheit zu beheben, brauche Zeit, merkte die Sozialministerin an. „EU, Bund und Länder stellen sich aber nun entschlossen den Problemen.“

Die jetzigen Entwicklungen seien „ja kein Problem, was irgendwie gestern vom Himmel gefallen ist“, knüpfte **Thore Stein** (AfD) an. Dennoch gingen andere Länder in Europa den Arzneimittel-mangel „deutlich pragmatischer“ an. In Frankreich sei die Paracetamol-Herstellung zur „Chefsache“ erklärt und ins Land zurückgeholt worden. Österreich investiere in die Penicillin-Herstellung. Deutschland hingegen erstelle Papiere, tadelte

der Landespolitiker. Es müsse Produktion auch nach Deutschland oder sogar MV geholt werden. Dafür müssten bürokratische Hürden „deutlich abgesenkt“ werden. Am besten wäre, durch Absprachen mit europäischen Partnern die Produktion so zu verteilen, „dass am Ende der gesamte europäische Raum davon profitiert“.

Der Abgeordnete warb dafür, dass wir als Gesellschaft „insgesamt gesünder“ werden sollten. Vielleicht brauche es dann nicht mehr ganz so viele Pillen.

Torsten Koplín (DIE LINKE) kam nicht umhin, der CDU vorzuwerfen, das Thema in den langen Jahren ihrer Regierungszeit vernachlässigt zu haben. Er sah auch das Agieren des Bundesgesundheitsministers Lauterbach kritisch. Durch preisliche Anreize erhöhe sich nicht die Menge der Medikamente auf dem Markt. Eher werde es zu „Verteilungskämpfen“ und „zu höheren Preisen kommen“.

DIE LINKE befürworte seit Jahren eine Wirkstoffproduktion in Deutschland. Es handle sich dabei um „existenzielle Daseinsvorsorge“, die man nicht dem freien Markt überlassen könne. Nach Ansicht des Abgeordneten stehe da „die öffentliche Hand in der Pflicht“.

Die Auslagerung der Wirkstoffproduktion nach Indien, wo „unter äußerst unwürdigen“ und „fragwürdigen umweltpolitischen Bedingungen“ produziert werde, entspreche weder der „globalen Verantwortung“ noch der „Verantwortung für die Menschen in unserem Land“.

Ein Lieferengpass für etwa 480 von ungefähr 100.000 in Deutschland zugelassenen Medikamenten mag nicht so viel erscheinen, gab **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu beachten. Doch es sei eine schlimme Situation, wenn Menschen nötige Medikamente nicht bekämen.

Der Sicherstellungsauftrag für die Arzneimittelversorgung liege bei den Apotheken, streng reguliert durch EU- und Bundesgesetzgebung. Der Bund habe auch die Verantwortung für „wirksame Maßnahmen“ zur Eindämmung der Lieferengpässe. Das Land könne über die Gesundheitsministerkonferenz Einfluss nehmen, und das geschehe auch.

Ansonsten handle es sich um ein „großes, komplexes Thema“ bei dem die CDU-Fraktion den Eindruck haben möge, die Landesregierung reagiere nicht schnell genug. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehe das anders und werde sich darum bei der Abstimmung enthalten.

Barbara Becker-Hornickel (FDP) begrüßte nicht nur den Antrag der CDU, sondern auch die Initiative der Sozialministerin, Medikamente ohne entsprechende Zulassung zu erlauben. Die Lockerung der Preis- und Rabattverträge für Arzneimittel seien geeignet, den Lieferproblemen allgemein zu begegnen, werden aber „nicht ausreichen“. Der Aufbau einer Lieferinfrastruktur könne „erst in ein paar Jahren Wirkung“ zeigen.

Für schnellere Maßnahmen wie die bessere Vernetzung der Akteure, Digitalisierung, der Abbau bürokratischer Hürden und Entscheidungsspielräume für Apotheker sei der Bund zuständig.

Die Idee, Anreize für die Ansiedlung von Pharma-Unternehmen zu schaffen, „sagt uns Liberalen besonders zu“, versicherte die Abgeordnete. Die FDP sehe in MV „ein großes Potenzial“ für einen „Zukunftsmarkt“ und erwarte hier eine Strategie. Somit könne die FDP dem Antrag zustimmen.

Der vorliegende Antrag, so **Christine Klingohr** (SPD), enthalte keine Vorschläge, „die sich nicht bereits in der Umsetzung befinden“. Daher werde die SPD nicht zustimmen. „Eines ist klar“, setzte die Abgeordnete fort, das neue Versorgungsverbesserungsgesetz werde „nicht jeden Schiefstand“ sofort beheben können, „einige Veränderungen werden Zeit brauchen“. Die CDU-Frakti-

on verlange aber sofortige Lösungen für ein Problem, welches im Laufe der Jahre entstanden sei.

Zu den von der Sozialministerin dargelegten kurzfristigen Maßnahmen gehöre die einfachere Einfuhr europäischer Medikamente mit in Deutschland zugelassenen Wirkstoffen. Der Bund entwickle das Versorgungsverbesserungsgesetz und auch auf EU-Ebene befasse man sich mit der Arzneimittelbereitstellung. Diese Anstrengungen werden zu einer mittel- bis langfristigen Normalisierung führen.

Katy Hoffmeister (CDU) hatte am Ende der Debatte den Eindruck, die Koalition wolle „eine Beruhigungspille“ verabreichen. Der Tenor der Regierung sei: „Machen wir ja schon“ und „kein Grund zur Aufregung“. Sie wolle hingegen, dass gehandelt werde „und zwar effektiv“. So hätte die Verfügung der Ministerin für die Beschaffung nicht zugelassener Medikamente früher kommen können. Andere Bundesländer hätten schon im April gehandelt. Kritisch sah sie die Abschwächung des ALBVG im Laufe der

Bearbeitung. Sie wolle die Sozialministerin bitten, dass der Text nicht „weiter verwässert“ werde.

An Torsten Koplin richtete die Politikerin: „Verstaatlichung als das Allheilmittel zu propagieren, da wissen Sie, dass ich dieses Rezept ablehne.“ Damit würde sie in keine Apotheke gehen.

Zum Schluss griff Katy Hoffmeister die einstige Äußerung der Ministerin auf, dass diese Notsituation eine „Chance“ für einen möglichen Arzneimittelstandort MV in sich berge. Diese Überlegung sei eine Vertiefung wert. Sie ermutigte das Parlament, das Thema nicht aus dem Blick zu verlieren und beantragte die Überweisung in den Sozialausschuss.

Dieser stimmten außer der Regierungskoalition alle Fraktionen zu. Beim Votum zum Antrag enthielten sich die AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN während CDU und FDP dafür stimmten, SPD und DIE LINKE dagegen.

*Antrag CDU
Drucksache 8/2109*

Besuch



Foto: Landtag MV

Ukrainischer Botschafter zu Besuch im Schweriner Schloss

Am 5. Juni hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse S.E. Oleksii Makeiev, den ukrainischen Botschafter (1. Reihe, 2. v. l.) in Deutschland, empfangen. Im Anschluss an den Eintrag ins Gästebuch des Landtages tauschten sich beide zur aktuellen politischen Lage aus. Ein Zitat des Gastes habe sie dabei in besonderer Weise berührt: „Wenn du schlafen gehst, darfst du keine Angst haben, dass dir eine Bombe auf den Kopf fällt.“ Es stehe sinnbildlich für die Dramatik des Kriegsgeschehens in seiner Heimat. Beim darauffolgenden Gespräch des Botschafters mit den Vertretern der Landtagsfraktionen und der Präsidentin wurde eine Reihe politischer Themen erörtert, wobei die aktuelle Situation in der Ukraine angesichts des russischen Angriffskrieges auch hier im Mittelpunkt stand. Der Gast habe die Lage im Land ausführlich und sehr deutlich beschrieben, so die Präsidentin. Für die Unterstützung seines Landes durch Deutschland – wie auch konkret durch das Land Mecklenburg-Vorpommern – bedankte er sich ausdrücklich

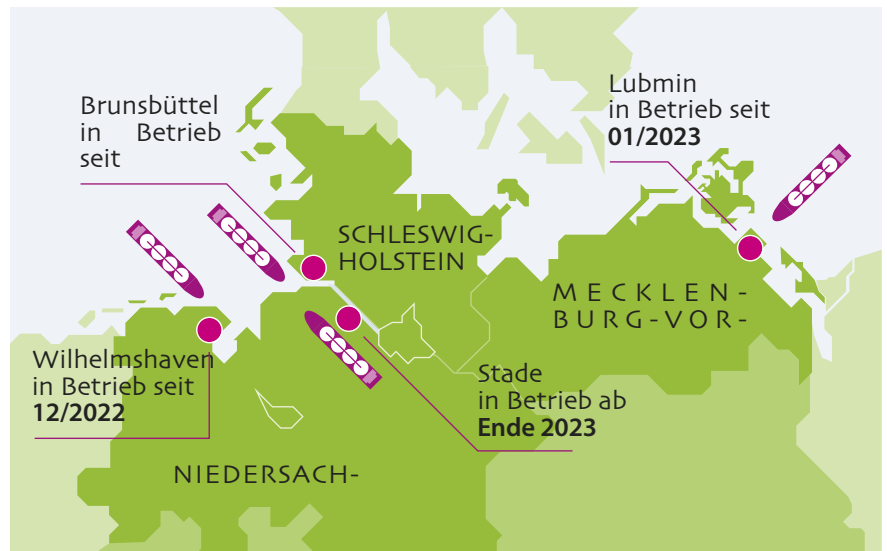
LNG-Terminal vor Rügen bleibt umstritten

Debatte über fünftes deutsches Flüssiggasterminal

■ Im März positionierten sich SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gemeinsam gegen das einst vor Sellin geplante LNG-Terminal. Die Fraktionen verlangten von der Bundesregierung den Nachweis, ob ein LNG-Terminal vor Rügen überhaupt für die Versorgungssicherheit in Deutschland notwendig ist. Statt Sellin wurde jetzt der Hafen von Mukran ins Auge gefasst. Darum forderte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit einem neuen Antrag die Landesregierung auf, die gründliche Durchführung aller rechtsstaatlichen Genehmigungsverfahren für den Standort Mukran sicherzustellen. Würden diese eingehalten, so die Argumentation der Fraktion, sei ein Betrieb des LNG-Terminals vor dem Frühjahr 2024 unmöglich. Da dann aber erhebliche LNG-Überkapazitäten existieren würden, könnte diese Fehlinvestition den Steuerzahler 2,5 Milliarden Euro gekostet und der Umwelt nachhaltige Schäden gebracht haben.

Nach intensiver Debatte wurden in einer Einzelabstimmung alle Punkte durch die Koalitionsfraktion und zumeist auch durch die FDP abgelehnt.

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) widersprach der Ansicht der Landesregierung, dass allein der Bund die Notwendigkeit eines LNG-Terminals entscheide. Da LNG-Terminals „erhebliche Auswirkungen“ auf das Land hätten, liege es in der Verantwortung von Landesparlament und -regierung, sich „auf Basis von Fakten selbst ein Bild von der Lage [zu] machen“. Laut dem Gas-Gesamtkonzept des Bundes werde sich die Gas-



Quelle: Bundesregierung, Stand: 13. Januar 2023

versorgung in Deutschland ab 2024 „zunehmend entspannen“. Nur mit der Kalkulation eines „enormen Sicherheitspuffers“ mache Mukran Sinn. Hannes Damm verwies auf die Zusage von Wirtschaftsminister Meyer, ohne Gesetzesgrundlage nichts zu genehmigen. Denn dann sei ein Baustart vor 2024 „nicht realistisch“, schlussfolgerte er und appellierte an seine Kollegen, „offen und ehrlich“ weitere Kapazitäten abzulehnen.

Dieser „spannende Antrag“ bewege sich „um die Kernfrage der Versorgungssicherheit“, fasste Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) zusammen. Und „diese Frage muss der Bund beantworten.“ Antworte er positiv, müsse er das LNG-Gesetz ändern.

Das Bundeswirtschaftsministerium und die Bundesnetzagentur interpretierten die gleichen Zahlen anders als Herr Damm. Es müsse Reserven für Eventualitäten geben und um der Bedeutung von Lubmin als Verteilpunkt für Tschechien, die Slowakei, Österreich und Bayern gerecht zu werden.

Er habe immer gesagt, einen Genehmigungsbescheid des Landes gebe es erst, wenn die technischen Voraussetzungen geklärt seien und eine rechtskräftige Änderung des Energiebeschleunigungsgesetzes vorliege. Nur weil der Bundesminister uns sage, „wo es lang geht, und das war’s – das wird nicht passieren“. Es gebe somit noch einiges zu klären.

In Anbetracht dessen, was „aktuell hinter den Kulissen abläuft“, wusste **Petra Federau** (AfD) kaum, wie sie „mit diesem Antrag umgehen soll“. Welches Vertrauen sollen die Bürger in eine Landesregierung haben, die sich „nur halbherzig“ für die Interessen des Landes und der Bevölkerung einsetze, fragte die Politikerin. Viele Menschen lebten vom Tourismus, der wiederum von der intakten Natur abhängt. „Beides ist durch LNG-Terminals akut gefährdet.“ Die Zerstörung von Flora und Fauna „darf doch nicht einfach hingenommen werden“. Natürlich sei die Gasversorgung Deutschlands „von größter Wichtigkeit“. Aber angesichts der Zahlen und Fakten halte die AfD den Bau eines LNG-Terminals vor Rügen „für überflüssig“ und „ökologisch, touristisch und wirtschaftlich unverantwortlich“. Ihre Fraktion werde dem Antrag weitgehend zustimmen, „weil er in die richtige Richtung geht“.

Daniel Peters (CDU) fragte Hannes Damm, was die Menschen auf Rügen von seinem Antrag hätten, wenn der Bundesminister doch völlig anders entscheide?

Trotzdem begleite seine Fraktion diesen Antrag „konstruktiv“. Sie stimme in vielen, aber nicht allen Punkten zu. Darum beantragte Daniel Peters die Einzelabstimmung.

Die CDU bleibe dabei „eine zweifelsfreie Bedarfsermittlung“ zu fordern. Das sei bisher ausgeblieben. Den Hafen Mukran

in das LNG-Beschleunigungsgesetz aufzunehmen, sei „überhaupt kein Nachweis“. Der habe per Gutachten zu erfolgen.

Wichtig war dem Abgeordneten zu wissen, wie sich denn bei diesen ausbleibenden Antworten die Landesregierung positioniert?

Für die CDU habe das Thema „so viel Brisanz“, dass eine Entscheidung des Landtages „im Rahmen einer Sondersitzung“ erforderlich sei.

Daniel Seiffert (DIE LINKE) erinnerte die Kollegen daran, dass die Koalition von Anfang an die Intransparenz des Bundes „scharf kritisiert“ habe. Der kurzfristige Besuch des Kanzlers und Bundeswirtschaftsministers spräche dafür, dass der Bund das Vorhaben „anscheinend auch umsetzen will“. Es mache die Sache „noch ein bisschen komplizierter“, dass die Pipeline „schon ins Genehmigungsverfahren gegeben“ wurde.

Er wolle auf den interfraktionellen Antrag vom März verweisen. Mit dem werde der Umsetzung klimapolitischer Ziele Rechnung getragen und die Forderung nach Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit der Infrastrukturinvestitionen festgeschrieben. Darum lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Die Prüfung der Umweltauswirkungen dürfe „auf keinen Fall unter den Tisch fallen“. Das sei „ein ganz, ganz kritischer Punkt“. Das werde er ansprechen.

David Wulff (FDP) begrüßte, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht nach Parteibuch agiere, sondern sich um eine „ganz ernsthafte Abwägungsentscheidung“ bemühe. Aber er fand den Antrag in der Argumentation „relativ einseitig“ und darum stimme die FDP nicht zu. Es greife zu kurz, fossile Kapazitäten grundsätzlich abzulehnen. Weiterhin basierten die von Hannes Damm vorgetragene Kalkulation auf „Annahmen“.

Die FDP erwarte von der Landesregierung, dass sie sich für eine Mitsprache starkmache. Denn die Menschen auf Rügen wurden mit diesem Vorhaben „richtig überfahren“. Deren „ganz konkrete Sorgen und Nöte“ sollten ernst genommen werden.

David Wulff regte an, mit Ausgleichsmaßnahmen für Akzeptanz in der Bevöl-



LNG-Schiff vor der Küste Rügens

Foto: Jens Büttner

kerung zu werben. Das könnten die Bergung von Munitionsaltlasten sein, aber vor allem eine zukunftsfähige Wasserstoffinfrastruktur für „eine grüne Tourismusinsel“.

Auch **Falko Beitz** (SPD) verwies auf den überfraktionellen Antrag vom März, dessen Forderungen „schlicht und ergreifend“ gelten. Die SPD rufe nicht „Hurra!“, wenn eine LNG-Infrastruktur in eine der „wichtigsten Tourismusregionen“ des Landes gebaut werde, aber sie habe auch immer „unsere Verantwortung für die Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas“ betont.

Falko Beitz hielt den von Hannes Damm dargelegten Gasüberschuss für eine „Milchmädchenrechnung“, da ein milder Winter, Gasrestbestände und massive Sparmaßnahmen in die „Zukunft projiziert“ wurden. „Hochqualifizierte Experten“ kämen zu einem anderen Schluss. Das werde er nicht infrage stellen und somit lehne seine Fraktion den Antrag ab.

Auf die Kurzintervention von **Wolfgang Waldmüller** (CDU), ob denn das Thema Mukran schon „gesetzt ist“, antwortete Falko Beitz: „Nein, wir sind mit dem Thema noch nicht durch.“

Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) versicherte am Ende der Debatte, dass in seiner Partei „verschiedene Meinungen zulässig“ seien. Darum habe er

sich die Daten genauer angeschaut und kam zu einer anderen Bewertung. Auch halte er das potenzielle Risiko der Zerstörung von Energieinfrastruktur für ein „Totschlagargument“. Alles könne gesprengt werden, auch LNG-Terminals.

Er sehe den Sinn von Umweltausgleichsmaßnahmen anders als von David Wulff skizziert. Sie kompensierten die Auswirkungen von Eingriffen in die Natur bei Stärkung von anderen Ökosystemen. Sicherlich sei noch einiges offen, aber dass die Rechtsstaatlichkeit gewährt bleiben müsse, sei selbstverständlich.

Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD) trug zum Schluss Äußerungen des Ostbeauftragten Carsten Schneider bei. Er habe verdeutlicht, dass Deutschland noch heute 40 Milliarden Kubikmeter Gas, zumeist auf dem Landweg, aus Russland bekomme. Dies werde nach Süden weitergeleitet. Käme dieses Gas nicht mehr, „wären wir in Europa verpflichtet“, in der Tschechischen Republik und Österreich die „Notversorgung abzusichern“. Dr. Rahm-Präger hielt das „für ein ganz gewichtiges Argument“ und bat um Sachlichkeit.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/2157

Grundsteuerreform

Komplexes Verfahren stellt Bürger und Verwaltung vor Herausforderungen

■ Es gibt breiten Konsens über die Notwendigkeit der laufenden Grundsteuerreform – über deren Umsetzung weniger. Immobilienbesitzer haderten mit der knappen Frist und dem elektronischen Formular.

Gegenwärtig versenden die Finanzämter den Grundsteuerwert- und Grundsteuermessbescheid – Informationsschreiben, die keine Zahlungsaufforderungen darstellen. Viele konnten das nicht einordnen. Denn den eigentlichen Grundsteuerbescheid stellen die Gemeinden und Kommunen erst 2025 zu. Für Einsprüche oder Korrekturen ist es dann zu spät. Um eine Widerspruchsflut jetzt zu verhindern und den Arbeitsaufwand der Finanzämter zu begrenzen, forderte ein Antrag der CDU, die Grundsteuermessbescheide der Finanzämter mit einem Vorläufigkeitsvermerk zu versehen. Ferner möge sich das Land für eine einheitliche Vorgehensweise aller Bundesländer einsetzen.

Die FDP wies in einem weiteren Antrag darauf hin, dass noch immer verfassungsrechtliche Bedenken bestünden. Ähnlich wie die CDU, forderte die FDP mit den daraus resultierenden Massenrechtsbehelfen (Einsprüchen) pragmatisch und bürgerfreundlich umzugehen. Um Klagen zu minimieren, sollten die Finanzämter ihre Bescheide generell unter dem Vorbehalt der Nachprüfung erlassen.

Das Verfahren der Grundsteuererklärung habe die Bürger, aber auch die Behörden vor „große Herausforderungen gestellt“, eröffnete **Marc Reinhardt** (CDU) die Antragsbegründung. Hinzu komme, dass heute niemand sagen könne, welcher Zahlungsbetrag am Ende tatsächlich anfallen werde. Denn das entscheiden die Kommunen mit dem Hebesatz. Für den jetzigen Grundsteuermessbescheid gebe es eine vierwöchige Einspruchsfrist.

BEGRIFFE

Aufkommensneutralität

Das Aufkommen aus der Grundsteuer soll für die Kommunen insgesamt konstant (neutral) bleiben. Die Hebesätze müssen dementsprechend gestaltet werden. Die Neubewertung des Grundbesitzes kann aber zu individuellen Veränderungen für den einzelnen Immobilienbesitzer führen.

Transparenzregister

Ein Verzeichnis, das Details zu den Grundbesitzen auflistet und somit dem Vergleich dient.

Hauptfeststellung

Das ist der gegenwärtig stattfindende Prozess der Grundsteuerreform mit der Neubewertung des Grundbesitzes. Die Feststellung soll nun alle sieben Jahre durchgeführt werden.

Grundsteuerwertbescheid

Mit dem Bodenwert des Grundstückes und der Berechnung der wirtschaftlichen Erträge legt das Finanzamt den Wert fest. Der Grundsteuerwert ist der

Ausgangspunkt für den Grundsteuerwert. Der Grundsteuerwertbescheid wird vom Finanzamt zur Information an die Steuerpflichtigen versendet.

Grundsteuermessbescheid

Der zuvor ermittelte Wert wird vom Finanzamt mit der gesetzlich festgeschriebenen Messzahl, einem Prozentsatz, multipliziert. Abhängig vom verwendeten Modell (in MV: Bundesmodell) werden Steuerermäßigungen oder andere Kriterien berücksichtigt. Der Grundsteuermessbescheid wird vom Finanzamt zur Information an die Steuerpflichtigen versendet.

Grundsteuerbescheid

Auf den Grundsteuerwert und Grundsteuermessbetrag wendet die Gemeinde oder Kommune den von ihr eigenständig festgelegten Hebesatz an. Der daraus resultierende Steuerbescheid weist die endgültige Höhe der Grundsteuer ab 1.1.2025 aus.

Würde die versäumt, habe der Bescheid Bestandskraft. Deutschlandweit gebe es schon über 1,3 Millionen Widersprüche, was zu einer „erheblichen Mehrbelastung“ in den Finanzverwaltungen führe. Nach Ansicht von Experten sei der einfachste Weg, die Grundsteuermessbescheide „unter dem Vorbehalt der Nachprüfung auszufertigen“. Dann bliebe dem Steuerpflichtigen die Rechtssicherheit auch ohne Widerspruch erhalten.

„Die Grundsteuerreform ist so schon schwer genug zu verstehen“, gab **René Domke** (FDP) zu bedenken. Dabei brauche sie die „Akzeptanz in der Bevölkerung“. Die Verfassungswidrigkeit des bestehenden Grundsteuersystems sei kein Versäumnis der Bürger gewesen, sondern „der Verwaltung und der Politik“. Inzwischen gebe es wieder Zweifel „an der Verfassungsmäßigkeit“, besonders an dem in MV angewendeten „Bundesmodell“. Hinzu komme die Verwirrung um die beiden Bescheide der Finanzämter. „Es ist einfach eine verfahrenere Situation“, beklagte der Abgeordnete. Er empfehle, mit Massenrechtsbehelfen (Einsprüchen) pragmatisch eine Verfahrensruhe vorzuschlagen. Da die eigentliche Steu-

erschuld erst 2025 klar werde, könnte ein Transparenzregister helfen, „nachzuvollziehen“, was sich „eigentlich verändert“ habe. „Das würde vielleicht auch schon beruhigen“, hoffte René Domke.

Die Grundsteuer, hob Finanzminister Dr. **Heiko Geue** (SPD) hervor, „ist eine der wichtigsten originären Einnahmequellen der Kommunen“. Für das „Bundesmodell“ habe sich das Land entschieden, weil es sich am Wert des Grundstückes und nicht an der Größe orientiere. Damit werde aus seiner Sicht „die vom Bundesverfassungsgericht bemängelte Wertverzerrung“ beseitigt. Mit einer sozialen Komponente sei es zudem „gerechter und sozialer“. Die FDP fordere in ihrem Antrag den Vorbehalt der Nachprüfung und die CDU die Ausgabe von Bescheiden mit Vorläufigkeitsvermerk. Beides „lehnt die Landesregierung ab“, stellte der Minister klar. Abgesehen von der fehlenden Rechtsgrundlage, würde es Rechtsunsicherheit für die Kommunen bringen. Das von der FDP angesprochene Transparenzregister könne es erst geben, wenn die Daten dafür vorlägen. Sein Ministerium schaue hier „was möglich ist“.

ABLAUF der Steuererhebung

Im April 2018 erklärte das Bundesverfassungsgericht das geltende Grundsteuergesetz für verfassungswidrig. Unterschiedliche Grundstücksbewertungen in Ost und West verstießen gegen den Gleichheitsgrundsatz.

- Gegenwärtig versenden Finanzämter den Grundsteuerwertbescheid (stellt den Wert der Immobilie fest) und den Grundsteuermessbescheid (mit der Messzahl und weiteren Kriterien berechneter Betrag). Sie dienen zur Information und sind keine Zahlungsaufforderung.
- Den eigentlichen Grundsteuerbescheid berechnen die Kommunen und Gemeinden mit dem Hebesatz. Dieser gilt ab 1.1.2025.
- Die Politik hat Aufkommensneutralität festgelegt. Die Kommunen und Gemeinden sollen ungefähr genauso hohe Grundsteuern einnehmen wie vor der Reform. Das soll über den Hebesatz ausbalanciert werden. Für den individuellen Steuerschuldner aber kann die Höhe der Steuer dann abweichen. (bildlicher Vergleich: Die Torte bleibt gleich groß, wird aber anders aufgeteilt.)

- Die jetzige Ungewissheit über die am Ende zu zahlende Grundsteuer und auch aufgrund weiterhin bestehender Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des verwendeten Bundesmodells herrscht große Verunsicherung. Weiteres Problem: Der Grundsteuermessbescheid ist rechtlich bindend, sofern ihm nicht innerhalb von 4 Wochen nach Zustellung mit einer Begründung widersprochen wurde.
- Darum wurde geraten, Einspruch gegen den Grundsteuerwertbescheid und/oder Grundsteuermessbescheid einzulegen, um sich rechtliche Optionen offenzuhalten. Gegen den Grundsteuerbescheid der Kommunen ist dann kein Einspruch möglich.
- Gegenwärtig werden die Finanzämter mit Einsprüchen überflutet. Das verursacht in einer sehr arbeitsintensiven Phase zusätzliche Belastungen.



Die Grundsteuerreform betrifft zunächst alle Eigentümer von Immobilien und Grundstücken, auch in Ludwigslust.

Steuererhebung im Beispiel

Im April 2018 erklärte das Bundesverfassungsgericht das geltende Grundsteuergesetz für verfassungswidrig.	Dresden		
	Dresden	Dresden Ost	Dresden West
Unterschiedliche Grundstücksbewertungen in Ost und West verstießen gegen den Gleichheitsgrundsatz.	Großwohnmobilität Genossenschaft 2.800 qm Wohnfläche	Etagenwohnung 76 qm Wohnfläche	Einfamilienhaus 106 qm Wohnfläche
Status Quo:			
Grundsteuer pro Jahr	5.958 Euro	216 Euro	255 Euro
Nach Reform ohne Anpassung Hebesatz (635 %)	4.714 Euro (-21%)	285 Euro (+32%)	450 Euro (+76 %)
Nach Reform mit Anpassung Hebesatz (490 %)	3.637 Euro (-39%)	219 Euro (+1%)	347 Euro (+36%)

Grafik: Uwe Sinnecker

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Die Abbildung zeigt beispielhaft, wie sich die Grundsteuerzahlungen für verschiedene Arten von Immobilien in Dresden verändern könnten – mit und ohne die von den Gemeinden zugesagten Änderungen beim Hebesatz. Im neuen System würde ein Teil der Steuerpflichtigen deutlich bessergestellt als im Status Quo (insbesondere die Mieter von großen Mehrfamilienhäusern), ein Teil würde mehr Grundsteuer zahlen, während sich für einige Steuerpflichtige nur marginale Veränderungen ergäben.

„Weil Länder und Bund über vier Jahre trödelten“, ärgerte sich **Martin Schmidt** (AfD) „sollen die Bürger sich nun abhetzen“, und fügte hinzu: „Wir haben dafür jedenfalls kein Verständnis.“ Es sei bekannt, dass es noch viele „offene juristische Fragen“ gebe. Auch der Bund der Steuerzahler äußere Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Bundesmodells, insbesondere hinsichtlich der Bewertung.

Die AfD-Fraktion teile die Feststellung, „dass Eigentümer keine Möglichkeit haben, gegen die von den „sogenannten Gutachterausschüssen“ bestimmten Bodenrichtwerte vorzugehen“.

Darum befürworte seine Fraktion, wenigstens den Grundsteuerwertbescheid mit einem Vorläufigkeitsvermerk zu versehen. Der Abgeordnete appellierte an den Finanzminister, das Transparenzregister einzuführen.

Die AfD stimme dem CDU-Antrag zu, enthalte sich aber beim FDP-Antrag.

Torsten Koplín (DIE LINKE) drückte es bildlich aus: Die Grundsteuerreform sei „ein dickes Brett, welches es zu bohren gilt“. Auch seine Fraktion habe „an einigen Stellen Kritik am gewählten Verfahren“ und dem schwer verständlichen Amtsdeutsch. Dennoch sei ein Vorläufigkeitsvermerk „nicht notwendig“, da die rechtlichen Voraussetzungen dafür nicht erfüllt seien. Das von der FDP geforderte Transparenzregister könne frühestens erstellt werden, wenn der überwiegende Teil der Feststellung in jeder Kommune erfolgt sei, also wohl nicht vor Mitte 2024. Er könne versichern, dass die Landesregierung mit den vorbereitenden Maßnahmen begonnen habe. Der Abgeordnete war sicher, dass die Grundsteuerneuregelung noch eine Weile auf Landes-, aber auch auf der Kommunalebene für Diskussionen sorgen werde. Die beiden Anträge lehne seine Fraktion ab.

Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezeichnete die Grundsteuerreform als „notwendig und längst überfällig“. Ihre Fraktion halte das in MV angewendete „Bundesmodell“ für „die richtige Wahl“. „Aber wie häufig in der Politik“, setzte sie fort, „die richtige Lösung ist eben nicht die einfachste“.

Da es jetzt schon eine nicht unerhebliche Anzahl von Einsprüchen sowie vereinzelte Klagen gebe, unterstütze ihre Fraktion, die noch zu erstellenden Grundsteuermessbescheide mit einem Vorläufigkeitsvermerk zu versenden; insbesondere dann, wenn dies zu einer einheitlichen Vorgehensweise der Bundesländer führen würde.

Ihre Fraktion werde nicht dem FDP-Antrag zustimmen. Darin verberge sich „im Kern“, MV möge ein eigenes Grundsteuermodell nutzen. Für einen Wettbewerb der Bundesländer gegeneinander sei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „nicht zu haben“.

Die Grundsteuer sei eine „sichere Einnahmequelle“ für die Kommunen, bekräftigte **Tilo Gundlack** (SPD) deren Bedeutung. Da die Reform keine Veränderung des Grundsteueraufkommens insgesamt anstrebe, gehöre „zur Wahrheit“: Wenn die Gesamtheit der Steuerzahler „nicht mehr oder weniger [...] zahlen sollen, wird sich die Höhe des individuell zu entrichtenden Steuerbetrages verändern“. Einige Bürger würden mehr, andere weniger zahlen müssen. „Genau das sollte auch erreicht werden, um den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gerecht zu werden“, erklärte der Abgeordnete.

Damit „liegt der Ball im Spielfeld der Gemeinden“ und Kommunen, da diese über den in Eigenverantwortung erhobenen Hebesatz die Neutralität ausbalancieren.

Ein Vorläufigkeitsvermerk für die Bescheide entspreche nicht der Abgabenordnung. Die SPD lehne darum beide Anträge ab.

Es sei viel darüber gesagt worden, was nicht gehe, fasste **Marc Reinhardt** (CDU) die Debatte zusammen. Ihm fehle, was denn gehe, bemängelte der Abgeordnete.

„Das Ganze scheint ja so zu laufen: Augen zu und durch!“, und vor dem Bundesverfassungsgericht werde „alles glatt“ gehen. „Ich glaube, das ist der falsche Weg“, rügte Marc Reinhardt die Koalition. Am Ende wolle keiner, dass das Bundesmodell für verfassungswidrig erklärt werde „und die Steuerbescheide der Kommunen sind dann quasi alle ungültig. Dann haben wir nämlich den größten, absoluten Super-GAU“, wurde er noch deutlicher. Niemand wolle, dass die Finanzierungsquellen der Kommunen wegfielen. Darum werde die CDU dem FDP-Antrag zustimmen.

Seine Fraktion werde den CDU-Antrag unterstützen, teilte **René Domke** (FDP) mit. Obwohl er denke, dass es für die Vorläufigkeit erst einmal ein Musterverfahren brauche. Aber er gehe davon aus, dass dies „nur eine Frage der Zeit“ sei. Er wies abermals darauf hin, dass die Unsicherheit mit den Bodenrichtwerten „keine Einbahnstraße“ sei. Weder Finanzverwaltungen noch die Bürger wüssten „genau, wie die [...] zustande gekommen sind“. Damit verlasse man sich auf eine Berechnung, die „bis jetzt rechtlich überhaupt gar nicht überprüfbar ist“. Das stelle einen „Mangel, der im System steckt“, dar und werde wahrscheinlich gerichtlich entschieden werden müssen.

Für den Antrag der CDU votierten die AfD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, während SPD und DIE LINKE ablehnten. Der FDP-Antrag fand die Zustimmung von CDU und FDP. Die AfD enthielt sich; SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten mit Nein.

*Antrag CDU
Drucksache 8/2113*

*Antrag FDP
Drucksache 8/2103*

Meldungen

Digitale Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Im Herbst vergangenen Jahres unterzeichneten die Regierungschefs der Länder den Dritten Medienänderungsstaatsvertrag. Damit er zum 1. Juli 2023 in Kraft treten kann, bedarf es der Zustimmung aller Parlamente. In MV wurde der Gesetzestext nach erster Lesung im Januar sowohl im Innenausschuss als auch in einer öffentlichen Anhörung diskutiert.

Mit dem Vertrag wird die erste Reformphase der Landesrundfunkanstalten der ARD, des ZDF und des Deutschlandradios umgesetzt. Der Kernauftrag bleibt Information, Beratung, Bildung, Kultur. Mediatheken, nun auch mit Angeboten Dritter, sollen den veränderten, digitalen Sehgewohnheiten gerecht werden. Die Anzahl der linearen Programme ohne Auftrag, einschließlich Unterhaltung, wird begrenzt.

Während die Koalitionsparteien, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) als wichtigen Bestandteil der Gesellschaft sahen, lehnte die AfD diesen Vertrag ab. Mit 8,4 Milliarden Euro Kosten sei der ÖRR „der teuerste Rundfunk der Welt“, kritisierte die AfD.

Der FDP missfiel, dass die Abgeordneten „die Unterschrift der Ministerpräsidentin legitimieren sollen, einbringen konnten wir nichts“. Es brauche kein „öffentlich-rechtliches Netflix“. Darum enthielt sich die FDP.

Die Koalition befürwortete eine „neue Form für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu schaffen“, während Innenminister Christian Pegel bekräftigte: „Wir brauchen unabhängige, seriöse, gut arbeitende Medien“.

Die CDU stimmte dem Gesetz zu, sah aber politischen Handlungsbedarf beim „extrem unbefriedigenden Finanzierungssystem“ und „Wust an Medienanstalten“.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann die Öffnung für jüngere Generationen „nicht schnell genug kommen“.

Die Fraktionen sahen weiteren Reformbedarf hinsichtlich Transparenz, Mitbe-

stimmung und Kostenstruktur, was Gegenstand des vierten und fünften Medienstaatsvertrages werden soll.

*Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 8/1725*

Beschluss:

Unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung

Drei Jahrzehnte Landesverfassung

Vor 30 Jahren, am 14. Mai 1993, nahmen zwei Drittel der Mitglieder des Landtags den unveränderten Entwurf der Landesverfassung an. Am 23. Mai 1993 trat sie vorläufig in Kraft. Denn erst nach einem Volksentscheid im Juni 1994, erlangte die Verfassung am 15. November 1994 endgültige Gesetzeskraft.

In der 51. Sitzung des Landtags am 10. Mai 2023 fand auf Antrag von DIE LINKE eine Aussprache zu Ehren des Jahrestages statt. Verfolgt wurde die Diskussion von der Präsidentin des Landesverfassungsgerichts, Monika Köster-Flachsmeyer.

Über alle Fraktionen hinweg wurde die Landesverfassung als das oberste Gesetz und als Grundlage des gesellschaftlichen Handelns in MV gewürdigt.

Meilensteine

- 30. April 1993** Verfassungskommission legt Verfassungsentwurf vor
- 14. Mai 1993** Annahme des unveränderten Gesetzentwurfes mit zwei Drittel Mehrheit der Mitglieder des Landtages
- 23. Mai 1993** vorläufiges Inkrafttreten der Verfassung
- 12. Juni 1994** Volksentscheid billigt die Verfassung
- 15. November 1994** Verfassung tritt endgültig in Kraft

Verfassungsänderungen

- 4 April 2000** Konnexitätsprinzip
- 14. Juli 2006** verschiedene Schutzziele
- 14. November 2007** Friedensverpflichtung, Gewaltfreiheit
- 28. Juni 2011** Schuldenbremse
- 8. Juni 2016** Wahlperiode, Ausschuss für Europaangelegenheiten, Volksbegehren
- 21. Dezember 2021** Abgeordnetenentschädigung



Foto: Landtag MV

Landtagspräsidentin Birgit Hesse und die Präsidentin des Landesverfassungsgerichts, Monika Köster-Flachsmeyer.



Während der Aussprache zum Thema „30 Jahre Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – bewährt und doch nicht selbstverständlich“ hatten die Rednerinnen und Redner der Fraktionen eine besondere Zuhörer:in: Monika Köster-Flachsmeyer, die Präsidentin des Landesverfassungsgerichts.

Die Landesverfassung war und ist „Ausdruck eines Wertekonsens“ sowie ein „wichtiger Beitrag zur Identität des Landes“, hob die CDU hervor.

Im Gegensatz zu anderen Landesverfassungen, führte die SPD aus, enthalte sie auch „ein Bekenntnis zu konkreten staatlichen Zielen, wie der sozialen Gerechtigkeit, der Schaffung von Arbeitsplätzen oder dem Schutz der Umwelt“.

Die Besonderheit der Landesverfassung, stellte die AfD heraus, sei ihre Bestätigung durch 60,1 Prozent der Bürger im Volksentscheid. Das war „ein mutiger Schritt“, den sie dem Grundgesetz voraus habe, hielt die AfD fest.

Mit dem „Bekenntnis zur europäischen Integration als Staatsziel“ und „der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Ostseeraum“ weise die Landesfassung eigene Merkmale auf, verdeutlichte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie sah in der Festschreibung von Frieden und Gewaltfreiheit deutlich den Einfluss der Erfahrungen der friedlichen Revolution von 1989.

Die FDP lenkte den Blick auf die Bemühungen des Freistaates Mecklenburg-Vorpommern für eine Verfassung im Jahre 1919, die „bereits den Weg in einen demokratischen Aufbruch“ ebneten. Die Geschichte habe gezeigt, dass die Demokratie und Grundrechte nur dann geschützt und bewahrt würden, wenn sich auch die Bürger mit ihr identifizierten. Justizministerin Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE) mahnte den behutsamen Umgang mit der Landesverfassung an. Die bisherigen wenigen Änderungen seien „ein Beleg“, dass sich die Landesverfassung insgesamt „bewährt“ habe. Damit sich die Mehrheit mit Änderungen identifizieren könne, gebe es zu Recht die „hohe Hürde“ der Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen, unterstrich DIE LINKE. Sie sei optimistisch, bis zum 30. Jahrestag des Volksentscheids im nächsten Jahr „eine weiterentwickelte Landesverfassung verabschieden [zu] können“.

Mehr Mitwirkung für die Opposition

Für den Fall, dass Landesregierung oder Landtagsabgeordnete Zweifel an der Vereinbarkeit von Landesgesetzen mit der Landesverfassung haben, können sie dies mit dem rechtlichen Instrument der Normenkontrolle prüfen lassen. In MV bedarf es dafür der Initiative von einem Drittel der Landtagsabgeordneten. Das Landesverfassungsgericht entscheidet dann über die Konformität des Landesrechts mit der Landesverfassung.

Zwar ist die erforderliche Mindestanzahl von Parlamentariern zur Einleitung der abstrakten Normenkontrolle bundesweit nicht einheitlich geregelt, aber in den meisten Ländern genügt ein geringeres Quorum.

Ein gemeinsamer Gesetzentwurf von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zielte darauf auf eine Verfassungsänderung ab, wo „ein Drittel“ mit „ein Viertel“ ersetzt würde.

Hauptargument der Opposition ist, dass der Landtag „bunter geworden“ sei. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprach von einem „wichtigen Kontrollinstrument der Opposition“, die FDP von einem „scharfen Schwert“. Dazu müsse aber die Ein-Drittel-Regel als „fast unüberwindbare Hürde“ abgeschafft werden. Sogar ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss könne mit einem Viertel des Landtages einberufen werden. Dieses Quorum wolle die Opposition auch zur Hand haben, verdeutlichte die CDU, denn verfassungsrechtliche Fragen sind auch politische Fragen und beantragte Überweisung in den Rechtsausschuss. Die AfD stimmte der Überweisung „selbstverständlich“ zu, hatte sie doch bereits im Februar 2021 einen fast identischen Antrag gestellt.

Die Regierungsfraktion lehnte das Ansinnen als voreilig ab, wobei die SPD für „größte Sorgfalt und Bedacht“ bei jeglicher Verfassungsänderung plädierte. DIE LINKE wolle keine „Alleingänge“ und lud zu einem gemeinsamen Vorgehen ein. Mit 32 Stimmen der Opposition und 38 Gegenstimmen von DIE LINKE und SPD wurde die Überweisung abgelehnt.

Gesetzentwurf von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

Drucksache 8/2107

Beschluss:

Ablehnung der Überweisung

MV-Schutzfonds für Krankenhausinvestitionen

Änderungen im Wirtschaftsplan des Sondervermögens „MV-Schutzfonds“ bedürfen der Einwilligung des Landtages. Darum erbat die Landesregierung die Zustimmung zur Verwendung von 12,2 Millionen Euro aus dem MV-Schutzfonds für Infrastrukturinvestitionen in den Kliniken Karlsburg und Hagenow. Investitionen werden gemäß Kranken-

hausfinanzierungsgesetz und Landeskrankenhausgesetz zu 60 Prozent vom Land und zu 40 Prozent von den Kommunen getragen.

Die beantragten 12,2 Millionen Euro dienten der Vorfinanzierung des kommunalen Anteils, ohne den es zu Verzögerungen in der Bewilligung der gesamten Investition käme, verdeutlichte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD) die Wichtigkeit.

Generell stellten die Fraktionen die Notwendigkeit der Unterstützung für die Krankenhäuser nicht infrage. Es gab jedoch rechtliche Bedenken seitens der Opposition zur Nutzung des MV-Schutzfonds – einen Kredit, einzig zur Bewältigung der Coronapandemie.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war zwar für die Verwendung, sei aber gespannt, mit welcher „haushaltstechnischen Raffinesse“ die eigentlich nicht mögliche Rückzahlung in den Fonds gestaltet werde.

Der direkte Bezug zur Pandemie sei fraglich, bemängelte die AfD. Dennoch sei die Vorfinanzierung von Baumaßnahmen „das Mindeste, was das Land jetzt tun kann“.

Es wäre besser gewesen, dieses Geld in den Nachtragshaushalt einzustellen, befand die CDU. So würden einfach nur „Taschenspielertricks“ fortgesetzt.

SPD und DIE LINKE sahen „sehr wohl“ den Bezug zur Coronapandemie genauso wie die rechtliche Zulässigkeit, während die FDP warnte, nicht für jede Gesundheitsausgabe „pauschal einen Corona-Zusammenhang“ herzustellen. Man wolle sich aber nicht „dagegenstemmen“, denn es werde ja einen wie auch immer zu meisternden Rückfluss der Mittel geben.

Mit den Enthaltungen von AfD, FDP, CDU und ohne Gegenstimmen wurde der Antrag angenommen.

Antrag Landesregierung

Drucksache 8/2086

Maßnahmenpaket für Lernkompetenz

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz hat bei 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland Auffälligkeiten in der frühen sprachlichen, mathematischen und sozial-emotionalen Entwicklung festgestellt. Bildungsministerin Si-

mone Oldenburg (DIE LINKE) sprach sogar von Sprachstörungen oder eingeschränktem Spracherwerb bei „fast jedem vierten Vorschulkind“ im Land.

Ein Antrag der Regierungsfraktion zielte darauf auf die Verbesserung sowohl der sprachlichen Entwicklung in der frühkindlichen Betreuung als auch der „basalen Kompetenzen“ Lesen, Schreiben, Rechnen der Grundschüler ab.

Zum vorgeschlagenen Paket an Maßnahmen gehörten ein Fachkraft-Kind-Verhältnis in der Kita von 1:14, Fortbildung der Fachkräfte, ein Lesebuch für alle Grundschüler, tägliches Lesetraining und mehr Deutsch und Mathematik in der Grundschule. Wichtig war der Koalition, von den Lehrkräften Einschätzungen aus der Praxis zu erhalten.

Die Probleme wurden von allen Fraktionen anerkannt. Doch die Opposition fand die Ideen von SPD und DIE LINKE strategielos und zu unkonkret. Konkreter, so die CDU, sei ihr Änderungsantrag, der eine Wochenstunde Deutsch mehr und eine weniger in Englisch für die Klassen 3 und 4 vorschlug. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte sich mehr individuelle, zeitgemäße Förderung vor. Diesen „bunten Mix“ oder „Drill“ lehnte die FDP ab. Zur weiteren Klärung beantragte die Fraktion die Ausschussüberweisung.

Die AfD begrüßte alle Vorschläge; empfahl der Koalition aber vom „Ankündigungsmodus“ in den „Umsetzungsmodus“ zu wechseln.

Chancengleichheit für jedes Kind beginne mit der beitragsfreien Kita, betonte die SPD.

DIE LINKE verteidigte ihren „Maßnahmen-Kanon“, der „ganzheitlich“ sehr konkrete Initiativen umsetze. Der Änderungsantrag der CDU werde abgelehnt, da der Koalition die Abstimmung mit den Lehrkräften wichtig sei.

Die Überweisung scheiterte an den Stimmen von SPD und DIE LINKE bei sonstiger Zustimmung. Der CDU-Änderungsantrag wurde von CDU und AfD befürwortet. DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten dagegen und die FDP enthielt sich. Dem Antrag selbst stimmte DIE LINKE und SPD zu, bei Enthaltung der AfD und Ablehnung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU.

*Antrag DIE LINKE, SPD, Drs. 8/2083
hierzu Änderungsantrag CDU, Drs. 8/2161*



Sabine Enseleit von der FDP-Fraktion befragt Ministerin Simone Oldenburg

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.



Sabine Enseleit, FDP

■ Sabine Enseleit, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sie haben am 13. Oktober in einer Pressemitteilung erklärt, dass Sie eine Onlineumfrage zur digitalen Ausstattung an den Schulen gemacht haben. Die Daten sollten spätestens im Herbst vorliegen und ausgewertet werden.

Meine Frage ist: Was hat diese Auswertung ergeben?

Ministerin Simone Oldenburg:

Guten Morgen, Frau Präsidentin!
Guten Morgen, Frau Enseleit!

Wir haben die Befragung durchgeführt, und es haben sich 181 Schulen von den 503 Schulen an der Umfrage beteiligt, die wir mehrmals verlängert haben. Und somit sind unsere Daten, die wir jetzt haben, nicht valide. 37 Prozent der Schulen haben sich erst beteiligt, also der Schulträger, denn

es ist ja Aufgabe der Schulträger, sodass wir jetzt mit dem Städte- und Gemeindetag noch einmal die nächste Befragung, also eine Verlängerung für die, die bis jetzt nicht teilgenommen haben, ermöglichen, und dass der Städte- und Gemeindetag und der Landkreistag für ihre Schulträger auch noch mal darauf drängt. Aber nichtsdestotrotz kann ich Ihnen gerne einige Informationen geben von den Daten, die wir jetzt haben.

Also 95 Prozent der Schulen, die dort teilgenommen haben, nutzen die Schülerlaptops, 96 Prozent nutzen auch die Lehrerlaptops plus Tablets, ist klar. Wir haben dann bei 130 Schulen einen Glasfaseranschluss, bei 57 haben wir keinen Glasfaseranschluss. Nur 3 Prozent der bisher Gemeldeten haben keinen WLAN-Zugang. Wir haben 526 Anschaffungen von Dokumentationskameras,

1.222 Anschaffungen von Smartboards, 3.721 digitale Anzeigeegeräte und, und, und, und.

Und ein Ergebnis kann ich Ihnen auch noch mitteilen: In 35 Prozent der Schulen sind externe Dienstleister für die Wartung zuständig, 10 Prozent kommunale Aufgabenträger, 48 Prozent ist es das Personal des Schulträgers und bei 6 Prozent der Schulen ist es dann das Personal der Schule.

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)
Bitte!

Sabine Enseleit, FDP:

Sind Sie mit dieser Ausstattung zufrieden oder sind Sie der Meinung, wir müssten da vielleicht noch ein bisschen nachsteuern?

Ministerin Simone Oldenburg:

Es fällt in den Aufgabenbereich der Schulträger. Und ob ich damit zufrieden bin oder nicht, das steht ja damit gar nicht zur Disposition. Hier ist es klar: Diejenigen, die geantwortet haben, sind sehr gut ausgestattet. Das heißt aber nicht, dass es alle sind. Und deswegen, also ich kann Ihnen auch sagen, dass die Schulträger von 100 Schulen noch gar keinen Antrag gestellt haben. Also das vielleicht einmal dazu, das erklärt auch schon mal diese fehlenden 100 Schulen.



Minister Christian Pegel

■ Jan-Phillip Tadsen, AfD:

Herr Minister, Herr Landrat Schomann hat auch wiederum vor dem Gipfel davon gesprochen, dass derzeit faktisch eine Art Aufnahme-stopp für den Landkreis Nordwestmecklenburg herrschen würde, da dort derzeit keine Zuweisungen vonseiten des Landes erfolgen. Er sprach auch davon, dass er seinen Bürgern nicht mehr erklären kann, wie die Menschen noch unterzubringen seien.

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, Herr Minister: Bis wann gilt dieser Zuweisungsstopp, und wie wirkt sich dieser auf die Situation, auf die derzeitige Situation in den anderen Kommunen des Landes aus?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir hatten zu dieser Frage hier schon Erörterungen, ich greife da gerne noch mal drauf zurück. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder Situationen gehabt, wo einzelne Landkreise oder kreisfreie Städte aus verschiedensten Gründen der regelmäßig stattfindenden Weiterleitung von Menschen aus der Erstaufnahmeeinrichtung nicht sofort entsprechen konnten.

Ein hervorstechendes Beispiel ist Nordwestmecklenburg im letzten Herbst. Nach dem schweren Brand in Groß Strömkendorf sind auch dort zunächst für mehrere Wochen die Zuweisungen ausgesetzt worden, was in der Sache undramatisch ist, weil das, was wir landesweit festlegen, nämlich in welchem Prozentsatz die jeweiligen Kreise und kreisfreien Städte Anteil haben an den Weiterleitungen von Flüchtlingen in die Landkreise und kreisfreien Städte, eine Jahresziffer ist, die wir nie auf



Jan-Phillip Tadsen befragt Minister Christian Pegel



Jan-Phillip Tadsen (AfD)

den Tag genau und auf den Monat genau hinbekommen. Sie können Situationen haben, wo sie 20 Menschen weiterbringen, und wenn davon 5 eine Familie sind, geht die Familie in einen Landkreis und wird nicht aufgeteilt, nur, um an dem Tag einer statistischen Zahl zu entsprechen.

Der Landkreis Nordwestmecklenburg hat, weil er in der Tat momentan erhebliche Schaffungs- oder Unterbringungsschwierigkeiten hat, bereits vor mehreren Wochen darum gebeten – und darüber haben wir auch öffentlich berichtet, ich bin überzeugt, das war entweder hier oder im Innenausschuss auch Thema –,

dass wir ihm für mehrere Wochen die Zusicherung gegeben haben, keine Zuweisung zu erhalten. Das haben wir auch mit den anderen Landkreisen kommuniziert und den kreisfreien Städten. Und es dauert momentan an, denn erst dann, wenn er entsprechende neue Kapazitäten schafft, wird er auch in der Lage sein, entsprechend wieder aufzunehmen. Und auch das, noch einmal, war Gespräch, vor allen Dingen mit dem Vorsitzenden des Landkreistages, dass er ausdrücklich signalisierte, dass sie die Zusage von Herrn Schomann haben, dass man über das Jahr wieder in eine reguläre Aufnahme kommen werde, dass man entsprechende zusätzliche Unterkünfte schaffe und sich darauf



Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, befragt Minister Christian Pegel



Besucher / Techniker-Schule Schwerin

vorbereitet, und umgekehrt die anderen Landkreise, noch mal, wie das im Solidarsystem untereinander schon in der Vergangenheit wiederholt der Fall war, dann auch für einen kurzen Zeitraum zusätzliche Aufnahmen hinnehmen. Und da wir eben nicht sagen, am 3. März kriegst du die und die Zahl und am 27. April die und die Zahl, lässt sich auch nicht sagen, der Landkreis hat deswegen zwei mehr und der hat drei weniger, sondern die Verteilungen finden unter den Beteiligten statt und sind bisher ohne Schwierigkeiten erfolgt.

Präsidentin Birgit Hesse:

Eine Nachfrage, Herr Tadsen, bitte!

Jan-Phillip Tadsen, AfD:

Genau, sehr gerne.

Sie haben ja auch in der Vergangenheit, auch schon in dieser Fragestunde davon berichtet, dass ein Ergebnis der Gespräche mit der kommunalen Ebene ist, dass man auch die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtung, aus der ja Zuweisungen erfolgen auf die kommunale Ebene, dass man diese Kapazitäten ausbauen will. Gibt es dazu Neuigkeiten, die Sie der Öffentlichkeit mitteilen können?

Minister Christian Pegel:

Erstens haben wir bereits ja im letzten Jahr die Kapazitäten deutlich erweitert. Auch das habe ich in

dieser Runde im Innenausschuss schon dargetan. Diese Erweiterungen sind ja auch ein Stück weit genau die Signale, die die Kommunen zu Recht vonseiten des Landes erbeten haben. Und darüber hinaus haben wir in der Tat in der Planung sowohl Ausweitungen oder Möglichkeiten, Notunterbringungen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Stern Buchholz vorzunehmen, die Sporthalle ist ja regelmäßiger Austausch zwischen uns in Kleinen Anfragen, sodass Sie diesen Entwicklungsprozess auch kennen und genau beobachten. Und darüber hinaus sind wir mit den verschiedenen Landkreisen im Gespräch, ob eine weitere Außenstandortsituation für die Erstaufnahmeeinrichtung in einem anderen Landkreis geschaffen werden kann.

■ Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Guten Morgen, Herr Minister!

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat am 26. April ja bekanntgegeben, dass die Jugendorganisation der AfD, die Junge Alternative, als gesichert rechtsextremistische Bestrebung einzustufen ist. Das Thema hatten wir ja gestern schon. Ein zentrales und beständiges Thema der JA ist die Agitation gegen Geflüchtete und gegen Migrant/-innen. Das stuft das Bundesamt als

Missachtung ihrer Menschenwürde ein. Zudem seien bei der JA Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip festzustellen. Eine Vielzahl von Diffamierungen und Verunglimpfungen politischer Gegner/-innen, aber auch des Staates und seiner Repräsentant/-innen an sich, sei Ausdruck davon, dass es der JA nicht um eine Auseinandersetzung in der Sache gehe, sondern um eine generelle Herabwürdigung des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.

Die Landesämter für Verfassungsschutz in Rheinland-Pfalz und in Sachsen haben bereits bekanntgegeben, dass sie die JA ebenfalls als gesichert rechtsextremistische Bestrebung einstufen. Wird der Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern nachziehen und, wenn ja, wann, wenn nicht, warum nicht?

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt sind wir im Grenzbereich zwischen PKK und Landtag und Innenausschuss. Da muss ich schauen, dass ich mich im Geheimhaltungsbereich vorsichtig bewege.

Erstens, Sie haben die Bundeseinschätzungen weitgehend zutreffend wiedergegeben. Mir ist wichtig, dass das Bundesamt zunächst eine Verdachtsfallprüfung vorgenommen hat, mehrjährig beobachtet hat und eben jetzt zu dem Ergebnis kommt, dass bei der besonderen intensiven Beobachtung im Rahmen der Verdachtsfallbeobachtung sich die Dinge eher verfestigt und nicht entspannt haben, zweitens, dass trotz der auch für die JA erkennbaren

Beobachtungen und auch der bekannten kritischen Punkte gleichwohl diese Fragen sich eher verschärft als denn entschärft haben. Also es gibt sozusagen eine Beobachtung, dass man sehr bewusst eher eine Verstärkung der kritischen Punkte betrieben hat als eine Entschärfung.

Wir werden uns erstens kaum entgegenstellen können zu sagen, das Bundesamt hat seine Prüfung nicht ordnungsgemäß vorgenommen, denn das Landesamt arbeitet dem Bundesamt zu. Also es sind auch Erkenntnisse von uns da drin.

Zweitens, eine entsprechende Feststellung wirkt auch auf den Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern, weil die Rechtsprechung seit mehreren Jahren konsequent davon ausgeht, dass das zwar organisatorisch regionale Aufteilungen geben möge, aber solange das Konstrukt ein Bundesverband mit einzelnen Landesuntergliederungen ist, wird quasi wechselseitig zugerechnet, sofern es sich nicht um erkennbare Einzelphänomene handelt. Und hier wird davon ausgegangen, dass es kein Einzelphänomen ist.

Wir würden in der PKK demnächst über die Ergebnisse berichten, aber wir sehen selbstverständlich, dass wir a) die entsprechende Feststellung des Bundesamtes für uns bei den Zuarbeiten zugrunde zu legen haben, und wir sehen vor allen Dingen die Rechtsprechung, die sehr klar sagt, das, was eine Landesorganisation als Teil einer Bundesorganisation sich zurechnen lassen muss, führt bei denen dann zu einer gleichen Bewertung.

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Oehlich, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**Constanze Oehlich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Gerne.

Präsidentin Birgit Hesse:

Bitte!



Foto: Uwe Sinnecker

Minister Christian Pegel antwortet auf die Fragen von Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Constanze Oehlich,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Also eine Pressemitteilung, so, wie das Rheinland-Pfalz und Sachsen gemacht haben, gibt es ja nicht aus Mecklenburg-Vorpommern.

Für wie wichtig halten Sie denn die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes für das zivilgesellschaftliche Engagement, also gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit?

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Nehmen Sie sich doch einen Pinsel
und malen Sie die Leute an, die Sie
brandmarken wollen!)*

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf von

Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Minister Christian Pegel:

Die Pressearbeit beziehungsweise die Öffentlichkeitsarbeit bilden wir vor allen Dingen über den Jahresbericht ab, den wir vorbereiten. Wenn wir in der PKK berichtet haben und eine Entscheidung haben, werden wir auch den mit Sicherheit aus dem Landesschutzbericht nicht raushalten, sondern wir werden es darlegen. Ob wir noch mal eine gesonderte Pressemitteilung machen, schauen wir uns dann an, wenn wir mit der PKK entsprechende Erörterungen geführt haben und Ergebnisse

haben.

In der Sache selbst müssen wir achtgeben, dass mancher Zwischenruf eben auch wieder solche Tendenzen verstärkt und vertieft und unterlegt, über die wir diskutiert haben. – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

Ann Christin von Allwörden, CDU:

Ja, herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Minister!

Wir wissen, wie wichtig Supervision für die psychische Gesunderhaltung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ist, dies nicht nur im Bereich des mobilen Einsatzkommandos, des Spezialeinsatzkommandos und auch bei belastender Polizeiarbeit im Landeskriminalamt, ich denke, auch darüber hinaus ist das so.

Meine Frage ist: Wie schätzt das Innenministerium die finanzielle und vor allen Dingen auch die personelle Ausstattung für diese Supervision ein?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat hat man 2016 sich mit dem polizeiärztlichen Dienst auf den Weg gemacht, das mal konzeptionell zu fassen und ein bisschen aus der kleinen Gruppierung und aus der



Ann Christin von Allwörden, CDU

vielleicht Zufälligkeit herauszunehmen, ob einzelne Beteiligte oder Betroffene nach besonderen Einsatzsituationen in ähnlichen Weisen diese Hilfe suchen. Das hat dazu geführt, dass wir Mitte 2022 daraus einen Erlass gezogen haben, der für gewisse berufliche Tätigkeiten alle Vierteljahre verpflichtend vorsieht, an einer Supervision teilzunehmen, für andere Beteiligte das optional öffnet. Ich sage mal, ein bisschen in den groben Überschriften besondere Einsatzlagen, aber insbesondere kinderpornografische Tätigkeiten oder Tätigkeiten mit kinderpornografischen Straftaten, genauso aber auch mit Tötungsdelikten in verschiedenen Berichten, die Menschen ganz besonders erfassen, gibt es diese Verpflichtungen. Wir sehen, dass wir auf dem Weg dahin mit Sicherheit noch einen längeren Prozess haben, diese Verpflichtung auch in die Herzen zu bringen.

Um mal ein Gefühl zu geben: Wir hatten im vergangenen Jahr knapp 40.000 Euro zur Verfügung, die wir für Supervision hätten einsetzen dürfen. Davon sind 11.000 Euro in eine besondere Behörde gegangen, die davon knapp 1.000 Euro zum Einsatz bringen konnte. Das hat was mit Personal auf der Seite derer, die anbieten, aber viel stärker etwas mit der Akzeptanz auf der Seite derer, denen wir ein Angebot machen, zu tun. Und für dieses Angebot jetzt Stück für Stück zu werben, wird die

Aufgabe sein. In den aktuellen Haushaltsverhandlungen ist der Betrag, für den wir werben, deutlich größer als 40.000 Euro: 75.000 Euro. Aber wir sehen, dass wir momentan in den Haushaltsverhandlungen keinen ganz einfachen Stand haben, wenn wir die 40.000 Euro nur zu einem sehr kleinen Teil abdecken könnten.

Wir haben also eine Aufgabe, vorgesetzte Führungskräfte, aber auch die Beteiligten selbst ein Stück weit dafür zu werben, für diese Gesundheitsvorsorge, die da drinsteckt, das einfache Abholen auch in einem Moment, wo ich mich vielleicht noch gut fühle, dafür aber Sorge trägt, dass ich sehr langfristig gesund erhalten bleibe. Deshalb ist es jetzt eine Frage, wie wir in den Köpfen Schritt für Schritt umswitchen müssen.

Dann wird uns die Personalfrage aber deutlich herausfordern. Bisher gelingt uns das – Klammer auf, leider, Klammer zu: noch –, weil die Nachfrage geringer ist als erhofft. Hoffentlich – und jetzt streiche ich das „leider“ wieder durch – finden wir dann trotzdem in Zukunft genug Personal. Ich bin guter Dinge, dass das hochlaufen wird.

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!

Frau von Allwörden, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Ann Christin von Allwörden, CDU:

Also ...

Ja, gerne, Frau Präsidentin!

Herr Minister, also ich habe es so verstanden, im Moment ist es tatsächlich so, dass aufgrund des noch nicht ganz so hohen Bedarfes das immer noch irgendwie funktioniert mit den Leuten, die Supervision anbieten können, denn das kann ja auch nicht jeder, das kann zum Beispiel ja auch nicht der Polizeiseelsorger, sondern das sind speziell ausgebildete Leute.

Haben Sie denn da schon eine Idee, wenn der Bedarf dann steigt, wenn Sie da mehr machen in dem Bereich, wie Sie dann auch an mehr Menschen kommen, die diese Supervision dann auch leisten können? Denn diese Lage muss sich ja verbessern.

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst, in der Tat, die aktuellen Bedarfe können wir decken, wir könnten auch Bedarfe darüber hinaus decken, aber wir werden in die Situation kommen, dass wir extern weitersuchen müssen. Wir werden nicht alle Kräfte in den eigenen Reihen haben, vielleicht sogar den größeren Teil nicht. Und das Konzept sieht genau da einen stufenweisen Aufbau auch von eigener Kompetenz vor. Aber das werden Dinge sein, die sich gemeinsam nach vorne bewegen.

Supervision ist allerdings ein Bereich, den nicht nur wir nachsuchen. Von daher bleibt die Herausforderung da nicht unerheblich. Ich kann Ihnen nicht sagen, die sieben haben wir schon im Blick, sondern es gibt in dem Konzept Überlegungen, wie man Stück für Stück hochfährt, damit man dafür gewappnet ist. Erster Schritt wird jetzt aber sein, erst mal ein Stück weit die Akzeptanz dessen, was wir anbieten, zu steigern.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 17. Mai 1023

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/1736	Landesregierung	Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 25.01.2023 in Beratung
8/1743	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Bildungsausschuss	1. Lesung: 25.01.2023 in Beratung
8/1884	Landesregierung	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Aufgabenzuordnungsgesetzes	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 21.03.2023 in Beratung
8/1885	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Personalbemessung in vollstationären Pflegeeinrichtungen gemäß § 113c Elfte Buch Sozialgesetzbuch	Sozialausschuss	1. Lesung: 21.03.2023 in Beratung
8/1911	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1912	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Aufnahme ausländischer Flüchtlinge – Flüchtlingsaufnahmegesetz (FLAG) –	–	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1913	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1923	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1938	FDP	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/1979	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz – SOG M-V)	–	1. Lesung: 22.03.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2066	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Raumordnung und Landesplanung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 10.05.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2084	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Vergaberechts	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 10.05.2023 in Beratung

Laufende Gesetzgebung

Stand: 17. Mai 1023

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/2085	Landesregierung	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Landesstiftungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 10.05.2023 in Beratung
8/2091	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 10.05.2023 Ablehnung der Überweisung
8/2107	CDU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern	–	1. Lesung: 10.05.2023 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/1725	Entwurf eines Gesetzes zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge (Dritter Medienänderungsstaatsvertrag)	Landesregierung	1. Lesung: 25.01.2023 2. Lesung: 10.05.2023	Annahme
8/1737	Entwurf eines Gesetzes zur Zusammenlegung von Stichtagsmeldungen bei der Tierseuchenkasse	Landesregierung	1. Lesung: 25.01.2023 2. Lesung: 10.05.2023	Annahme
8/1742	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern zur Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	1. Lesung: 25.01.2023 2. Lesung: 10.05.2023	Ablehnung



Mitglieder der BSPC-Arbeitsgruppe und Sachverständige; Philipp da Cunha, MdL (3. unten rechts), Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin (4. oben links)

Abschluss- sitzung

BSPC-Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität in Danzig

Am 14. und 15. Mai trafen die Mitglieder der Arbeitsgruppe für Klimawandel und Biodiversität der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) zum achten und letzten Mal in Danzig zusammen, um ihre Abschlussempfehlungen für die Jahreskonferenz im August 2023 zu besprechen. Daneben wurden auf Einladung des gastgebenden polnischen Sejms drei Sachverständige angehört, die über Chancen und Risiken des Ausbaus von Atomenergie als Teil der polnischen Strategie zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen sowie über die Arbeit und Prioritäten des Słowiński Nationalparks und Biosphärenreservats berichteten. Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe, Philipp da Cunha, Mitglied des Landtages, geleitet. Seitens des Landtages nahm auch die Erste Vizepräsidentin, Beate Schlupp, an der Sitzung teil.

Zusätzlich zum Austausch über nationale und lokale Praktiken stand die Vorbereitung der Abschlussempfehlungen und des Abschlussberichts auf der Agenda der Arbeitsgruppensitzung in



Philipp da Cunha (rechts) überreicht das Gastgeschenk an Jarosław Wałęsa vom polnischen Sejm (links)

Danzig. Eingangs bedankte sich der Arbeitsgruppenvorsitzende Philipp da Cunha für die intensive Zusammenarbeit in den vergangenen drei Jahren und richtete seinen besonderen Dank an die Parlamente von Schweden, Schleswig-Holstein, Åland, Mecklenburg-Vorpommern, Norwegen und Polen für die Ausrichtung der insgesamt acht digitalen und persönlichen Treffen. Der Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern von internationalen Organisationen, Zivilgesellschaft, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Jugend habe eine umfangreiche und solide Grundlage für die Resolutionsempfehlungen geschaffen. Besondere Aufmerksamkeit erregte ein polnischer Vorschlag, der sich zur Zukunft der Atomenergie verhielt. Er wurde zugunsten einer Formulierung, die auf die aktuellen Energiestrategien der Mitgliedsstaaten eingeht, gestrichen.

In Zuge der Abschlussbesprechungen hat sich die Arbeitsgruppe auf 25 vorläufige Vorschläge und Forderungen für die

Resolution der 32. Ostseeparlamentarierkonferenz am 27.–29. August in Berlin geeinigt. Die Resolution soll im Konsens aller Mitgliedsparlamente auf der Jahreskonferenz beschlossen werden. Zudem wird ein Sitzungsabschnitt auf der Jahreskonferenz der Vorstellung des Abschlussberichts gewidmet. Neben Zusammenfassungen der Expertenvorträge und Sitzungsabläufen wird der Abschlussbericht umfangreiche Antworten der Regierungen auf die Umfrage der Arbeitsgruppe sowie Regierungsstellungen zur Umsetzung entsprechender Forderungen der 30. und 31. Ostseeparlamentarierkonferenz beinhalten. Die aktuelle Stellungnahme der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung der Resolution der 31. BSPC finden sie online.

Anhörung

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss Universitätsmedizin befragte weitere Sachverständige

Nach dem Auftakt der Sachverständigenvernehmung im März dieses Jahres setzt der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Vorgängen vor allem im Bereich des Bildungsministeriums zu Fragen der medizinischen Versorgung, insbesondere im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik seine Sachverständigenvernehmungen fort.

Am 24. April 2023 kam der Untersuchungsausschuss zu einer weiteren öffentlichen Sitzung zusammen, um die Sachverständigen Herrn Prof. Dr. Dr. Scholz und Herrn Prof. Dr. Dr. Sandberger zu vernehmen. Beweisthema war die Darstellung des strukturellen Aufbaus und der rechtlichen und gesundheitsökonomischen Rahmenbedingungen der Universitätsmedizin. Hierfür erhielten die Sachverständigen Gelegenheit für ein Eingangsstatement. Im Rahmen der Befragung durch die Ausschussmitglieder zeichneten die Sachverständigen ein umfassendes Bild über die Strukturen und Herausforderungen von Universitätsmedizinen, insbesonde-

re in Bezug auf die Einrichtungen in Rostock und Greifswald, nach.

Die Universitätsmedizinen seien insbesondere vor die Aufgabe gestellt, Forschung, Lehre und Krankenversorgung komplementär zu organisieren. In diesem Zusammenhang betonte Prof. Dr. Dr. Sandberger die sich daraus ergebenden multiplexen Ansprüche an den Landesgesetzgeber. Universitätsmedizinen seien in ein komplexes Regelwerk eingebunden, das auf der einen Seite aus Hochschulrecht und auf der anderen Seite aus dem Krankenhausgesetz einschließlich sämtlicher Regularien zur Finanzierung der Krankenversorgung bestehe.

Mit Blick auf die Aufbauorganisation führte er zum Kooperations- und Integrationsmodell und den jeweils unterschiedlichen Gestaltungsaufgaben aus. Ferner sind die Einflussmöglichkeiten des Trägerlandes diskutiert worden.

Herr Prof. Dr. Dr. Scholz hinterfragte eingangs u.a. kritisch die in MV gewachsene Krankenhausstruktur und verwies auf das dänische Modell. Hierzu erläuterte er auch die Synergieeffekte beim Zusammenschluss von entfernt liegenden Standorten. Auch die strukturelle Zusammenlegung der beiden Standorte der Universitätsmedizin Rostock und des Klinikums Südstadt Rostock brächte ein enormes Synergiepotential mit sich. Eine Fusion dieser beiden Standorte sei notwendig. Denn u.a. diese dezentrale Struktur habe in der Vergangenheit zu mehreren Problemen geführt, insbesondere die Versorgungsstufe der Universitätsklinik Rostock, Weiterbildung von Ärzten oder das Erreichen bestimmter Mindestmengen für Behandlungen. Ferner äußerte er sich zur baulichen Situation der Universitätsmedizin Rostock.

Zu diesem Beweisthema wird der Untersuchungsausschuss in einer weiteren öffentlichen Sitzung Herrn Prof. Dr. Frosch am 3. Juli 2023 vernehmen.



Die Mitglieder der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ erfahren in Balow wie eine Gemeinde aussieht, wenn die Wünsche von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden.

Fotos: Landtag MV

„Darf’s ein bisschen mehr – BETEILIGUNG – sein?“

Wie Jugendbeteiligung das Zusammenleben verändert

■ Auf die klassische Frage aus der Verkaufsförderung „Darf’s ein bisschen mehr sein?“ gibt es im kleinen Balow bezogen auf Beteiligung nur eine Antwort: „Ach gern, packen Sie ruhig noch etwas drauf!“

Am 5. Mai 2023 waren die Mitglieder der Enquete-Kommission "Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern" in der Gemeinde Balow im Landkreis Ludwigslust-Parchim zu Gast, um sich dort über die Kinder- und Jugendbeteiligung zu informieren.

Wenn Krimhild Kant, seit 1994 Gemeindegemeinderin, über ihre Gemeinde berichtet, merkt man schnell, was persönliches Engagement bewirken kann. Am liebsten würde man als Besucher gleich mitmischen wollen bei einem der Vereine, Initiativen oder Workshops, die es so gibt in Balow, einem Dorf mit nur 325 Einwohnern. Diese seien „positiv von Beteiligung gebeutelt und man müsse aufpassen, sie nicht zu überfordern“, so Krimhild Kant. Eine Aussage, die die Mit-

glieder der Enquete-Kommission nicht nur amüsierte, sondern vor allem aufhorchen ließ.

Bei einem Rundgang durch den Ort und in Gesprächen mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die am Modellprojekt "Ein Dorf für Kinder – ein Dorf für alle" beteiligt waren, wurde eines deutlich: Jugendbeteiligung verändert das Zusammenleben!

In beeindruckender Weise kann man in Balow erleben, was passiert, wenn man bei der Gestaltung des Ortes von den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ausgeht und diese einbezieht. Es gibt eine Begegnungsstätte, Räume für Kultur und Sport, eine von Kindern gestaltete Grundschule und selbstgestaltete Spielplätze. Und dort, wo sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen, da sind auch Eltern und andere Einwohnerinnen und Einwohner engagiert.

Wegen seines durchdachten und konsequenten Beteiligungskonzeptes, von dem die Gemeinschaft, aber auch alle

Einzelnen profitieren, ist Balow als ein Dorf mit Zukunft mehrfach ausgezeichnet worden. Und der Erfolg gibt ihnen Recht: Kinder und Jugendliche lernen, wie man mitgestalten und dabei selbst wirksam werden kann und was es heißt sich gemeinschaftlich einzubringen. Und das Beste ist, dass viele ehemalige junge Einwohner nach Ausbildung oder Studium wieder nach Balow zurückziehen. Von diesem Ansatz könnten andere Orte im Land lernen.

Eines habe man festgestellt, so Krimhild Kant, Aktivitäten und Engagement würden Fördergelder bewirken, aus denen heraus wieder neue Aktivitäten erwachsen würden. Allerdings dürfen Ideen nie am Geld scheitern. So werde man auch das neuste Projekt „Eine Skaterbahn für Balow“ gemeinsam mit den Kindern, die diese Idee eingebracht haben, beharrlich weiterverfolgen, auch wenn der Förderantrag im ersten Anlauf abgelehnt worden sei. Es darf also gern ein bisschen mehr sein.

Balow, ein kleines Dorf ganz groß in Sachen Beteiligung im ländlichen Raum. „Ein sehr wertvolles und beeindruckendes Beispiel für lebendiges Gemeinschaftsleben, Beteiligung, Engagement oder eben #mitmischenMV, das in Mecklenburg-Vorpommern durchaus Schule machen könne.“ Dieses Resümee zogen der Vorsitzende Christian Winter und andere Mitglieder der Enquete-Kommission nach dem Besuch in Balow.

Fotos: Landtag MV



Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses bei ihrem Besuch in Oslo.

Besuch in Oslo

Wirtschaftsausschuss informierte sich in Norwegen

■ Am 23. Mai besuchten die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses das Verkehrsministerium in Oslo und sprachen dort mit der Staatssekretärin unter ande-

rem über die Themen E-Mobilität, E-Ladeinfrastruktur, Wasserstoff, Zukunft des Schiffsverkehrs und ÖPNV. Im Anschluss ging es zum norwegischen Nationalparlament Storting, wo sich die Delegation mit den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und Arbeit sowie des Ausschusses für Wirtschaft und Industrie traf. Dabei standen insbesondere die Themen Energieversorgung, Digitalisierung, Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften, Lohnniveau, Beschäftigungspolitik, Ar-

beitsmarkt und Qualifizierung im Fokus. Danach verfolgten die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses eine Abstimmung im Parlament, die elektronisch durchgeführt wurde. In den darauffolgenden Tagen fanden Gespräche im Ministerium für lokale Verwaltung und regionale Entwicklung, im Öl- und Energieministerium, bei den Unternehmen Norway Health Tech, Yara und Gassnova sowie bei der Deutsch-Norwegischen Handelskammer statt.

Umweltpreis

Jeweils drei Preisträger haben gewonnen



Landtagspräsidentin Birgit Hesse



Die Vorsitzende des Ausschusses für Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt, Dr. Sylva Rahm-Präger



Die Preisträger des Umweltpreises 2023.



Die Preisträger des Jugendumweltpreises 2023.

■ **Endlich wieder Umweltpreis!** Nachdem der Preis aufgrund der Corona-Pandemie aussetzen musste, war es am 31. Mai endlich wieder so weit: Landtagspräsidentin Birgit Hesse und die Jury-Vorsitzende Dr. Sylva Rahm-Präger haben im Plenarsaal die Siegerinnen und Sieger der Ausschreibung 2022/23 ausgezeichnet. „Ich freue mich, dass der Landtag den Preis in den Kategorien Umweltpreis sowie Jugendumweltpreis – coronabedingt nach längerer Zeit – wieder vergeben und damit die Arbeit der Preisträgerinnen und Preisträger fördern kann“, begrüßte Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Gäste.

Den mit 15.000 Euro dotierten Umweltpreis teilen sich Bürgermeisterin Christine Jantzen mit dem Projekt „Nachhaltiges Denken und Handeln in der Gemeinde Kieve“ (7.000 Euro), das Lilienthal-Gymnasium Anklam & die BioÖkonomie-Initiative MV“ (4.000 Euro) und der Landesanglerverband mit dem Projekt „Gewässer erleben – LAV Infomobil“ (4.000 Euro). Auch der mit 10.000 Euro dotierte Jugendumweltpreis hatte drei Gewinner: den Schulverein Carolinum e.V. in Neustrelitz mit dem Projekt „Schulwald Carolinum“ (5.000 Euro), die Förderschule Lübz mit dem Projekt „Umwelt- und Klimadetektive werden aktiv!“ (2.500 Euro) und der Jugendbeirat Neustrelitz mit dem Projekt „Blue Community Neustrelitz“ (2.500 Euro).

Der Umweltpreis stand dieses Mal unter der Überschrift „Strategien für nachhaltiges Handeln – Für einen schonenden Umgang mit Ressourcen“ und wurde bereits zum 18. Mal verliehen.

Zweimal in einer Legislaturperiode wird der mit 25.000 Euro dotierte Umweltpreis des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zum Gedenken an Ernst Boll vergeben. Insgesamt 14 Gruppen, Verbände und Einzelpersonen haben an der aktuellen Ausschreibung teilgenommen. Mit der Preisvergabe sollen herausragende Initiativen zum Umwelt- und Naturschutz im Land ausgezeichnet und bekanntgemacht werden.



Foto: Volker Bohmann

Landtagsdirektor Armin Tebben und Landtagspräsidentin Birgit Hesse besichtigen die Baustelle im ehemaligen Plenarsaal.

Besichtigung der Baustelle im Burgseeflügel

Landtagsalltag soll Ende 2023 wieder im Burgseeflügel einziehen

Der Ausblick

Die Bauarbeiten existieren seit mehr als drei Jahren im Burgseeflügel. Der westliche Teil des Schweriner Schlosses wird von der zweiten bis zur siebten Etage grundlegend saniert. Längst herrscht mehr Raumbedarf. Deshalb sehnen Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben der endgültigen Fertigstellung des Tagungsbereichs, der Büros und sogar der Sanitäranlagen entgegen. Wo vor einigen Jahren Abgeordnete im ehemaligen Plenarsaal debattierten, soll Anfang 2024 neuer Landtagsalltag einziehen. Eine Baustellenbegehung.

Ein Geflecht aus Stahlstangen beherrscht den ehemaligen Plenarsaal in der dritten Etage. Wo sich Holzplanken stapeln und Löcher in den Wänden gähnen, soll im ersten Quartal 2024 in einem neuen Tagungsbereich wieder Geschäftigkeit regieren. Unter anderem erhält die Landespressekonferenz einen neuen Raum. Bis zu 170 Besucherinnen und Besucher könnten dann in einem Veranstaltungsraum Platz nehmen und die mehr als 90 Quadratmeter große Lounge nutzen. Zwischen Plenar- und Konferenzbereich entstehen zusätzliche Büros und Sanitäranlagen. Eine Etage höher läuft der Innenausbau bereits. Wenn alles klappt, debattieren Landtagsabgeordnete Ende 2023 in einem neuen Fraktionsraum. „Das wird ein Riesengewinn für das alltägliche Ge-

schäft mit mehr Platz für Abgeordnete, Verwaltung und Veranstaltungen. Derzeit wird der seit 2017 fertiggestellte neue Plenarsaal mit Landtagssitzungen, Ausschüssen und Veranstaltungen intensiv genutzt. Das wollen wir verändern“, sagt Landtagspräsidentin Birgit Hesse.

Eine Büroetage im sechsten Obergeschoss und Toiletten nahe am Café Niklot im zweiten Obergeschoss sind seit 2021 fertig. Ein weiterer Besprechungsraum entsteht im siebten Obergeschoss mit einer beeindruckenden offenen Stahlkonstruktion. Komplexe Anschlussdetails für die geplante innenliegende Dachdämmung an die vorhandene Strahlkonstruktion fordern unterdessen Bauphysiker und das Architektenbüro CRS.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben stehen an der Stelle wo sich im Alten Plenarsaal das Präsidium befand.



Großräumige Beratungsräume bieten Platz für die Fraktionen.

Die Herausforderung

Die Baustelle im Burgseeflügel zählt zu den größten bautechnischen Herausforderungen.

Das Planungsteam und die Handwerker arbeiten bei laufendem Landtagsbetrieb nahe dem Plenarsaal und angrenzenden Räumlichkeiten. Architektenbüro CR Schwabe und Landtagsverwaltung koordinieren laute Arbeiten um den laufenden Betrieb herum. Damit die Debatten tagsüber störungsfrei vonstattengehen, passieren geräuschintensive Bauarbeiten nachts oder in den frühen Morgenstunden.

Kontinuierlich stimmen sich alle Gewerke aufeinander ab und berücksichtigen die Gegebenheiten des Gemäuers. Der Schlossbrand aus dem Jahr 1913 hatte

seine Spuren hinterlassen. Die Statik war laut Landtagsdirektor Armin Tebben in einem schlechten Zustand. Die Deckenkonstruktion über dem ehemaligen Plenarsaal wurde komplett durch eine neue Stahlkonstruktion ersetzt.

Das tonnenschwere Material gelangt von außen auf die Baustelle. Ein Lastenaufzug hievt alles Notwendige nach oben und alles Überschüssige nach unten. Steine wurden segmentweise zwischen den Stahlträgern abgetragen, Träger feldweise entnommen und ersetzt. Die Mauerpfeiler orientieren sich an ihrem historischen Original von 1857, erhielten aus statischen Gründen einen neuen Stahlbetonkern.

Dazu kamen ungeplante Verzögerungen. Eine fehlerhafte Stahlkonstruktion hatte den Bau ins Stocken gebracht und



Historie trifft auf Moderne - im 4. Obergeschoss sind Beratungsräume vorgesehen.



Im 4. Obergeschoss werden im Boden sämtliche Kabel "versteckt".

zur Kündigung einer Stahlbaufirma geführt. Die Arbeiten pausierten. Eine neue Firma ersetzte die Konstruktion mittlerweile mangelfrei.

Die Kosten

Die Kosten für die Sanierung des Burgseeflügels stiegen. Waren für den Umbau des alten Plenarsaals ursprünglich 16,9 Millionen Euro geplant, summieren sie sich aktuell auf 21,6 Millionen Euro, ausgelöst durch die Corona-Pandemie, den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die daraus resultierende Energiekrise. Kalkuliert man den Bau des neuen Plenarsaals mit ein, liegen die Investitionen bei etwa 47 Millionen Euro.

Das Fazit

Die Schweriner kennen ihr Schloss in den vergangenen Jahrzehnten nur eingerüstet. Mit den Bauarbeiten im Burgseeflügel könnte die grundlegende Sanierung des Landtagsstitzes abgeschlossen sein. Für notwendige Bauunterhaltungsmaßnahmen wird es aber immer wieder Gerüste am Schloss geben.

Pünktlich zur Prüfung: Ob das Welterbe Komitee ein Schweriner Schloss ohne Gerüst sehen wird? Die Unesco-Gutachter machen sich in diesem Jahr unangemeldet ein Bild, ob die Bewerbung der Landeshauptstadt zum Welterbe den Anforderungen entspricht.

Abgeordnete zum „Anfassen“

Beim Tag der offenen Tür am 25. Juni 2023 wollen Abgeordnete mit Bürgern ins Gespräch kommen

■ Einmal die Glocke im Plenarsaal läuten oder auf einem der Abgeordnetenplätze sitzen. Beim Tag der offenen Tür im Landtag ist dies möglich und sogar gewollt. Gut 15.000 Besucher nutzen jedes Jahr diese Chance: Fraktionen kennenlernen, Abgeordnete treffen, sich über die Ausschüsse informieren oder einfach verborgene Winkel des Schweriner Schlosses entdecken. Beim Tag der offenen Tür am 25. Juni 2023 ist all dies zwischen 10:00 Uhr und 17:00 Uhr möglich.

Programm

Präsentationen der Fraktionen im Vorhof und im Burggarten:

Präsentationen der Ausschüsse:
Raum 357

- 10:00 Uhr **Finanzausschuss**
- 11:45 Uhr **Sozialausschuss**
- 13:30 Uhr **Agrarausschuss**
- 15:15 Uhr **Wissenschaftsausschuss**

Raum Hof Dornitz

- 10:00 Uhr **Rechtsausschuss, Internationale Angelegenheiten**
- 11:45 Uhr **Innenausschuss**
- 13:30 Uhr **Bildungsausschuss**
- 15:15 Uhr **Wirtschaftsausschuss**

Raum 360

- ganztägig **Petitionsausschuss**

Programm Tag der offenen Tür des Landtages 2023

Vor dem Weinlaubsaal im Rosengarten

- ganztägig Enquete-Kommission „Jung sein in MV“

Bürgerbeauftragter und Landesbeauftragter für Datenschutz

- Präsentationen in der Lennéstraße

WIR – Vielfaltsmeile

- Verbände des Demokratie-Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ präsentieren sich an mehreren Standorten.

Medienpartner

- NDR: Bühne Schlossinnenhof
- Ostseewelle: Bühne auf der Schlossbrücke
- SVZ: Präsentation in der Lennéstraße
- ZDF: Präsentation im Burggarten
- Ostseezeitung: Präsentation im Burggarten

Schlossmuseum

- ab 10:00 Uhr geöffnet

Schlosskirche

- ab 10:00 Uhr geöffnet

Goldene Kuppel & Teepavillon

- ganztägig Führungen zur Goldenen Kuppel und zum Teepavillon
- Anmeldungen am Informationsstand des Landtages (Eingang nördlicher Burggarten)

Besonderheiten im Schloss:

- Bibliothek, 1. OG
- Ältestenratszimmer, 2. OG
- Plenarsaal, 3. OG
- Präsidialbüro, 3. OG
- Baustelle „Konferenzbereich“, 3. OG
- Niklot-Statue, 4. OG

Besonderheiten auf der Schlossinsel:

- Hüpfburg im Burggarten (beim Rosenhügel)

Bühnenprogramm im Schlossinnenhof

- 10:30 Uhr Eröffnung und Gespräch mit der Landtagspräsidentin
- 10:45 Uhr Schweriner Spielleute 1990 e.V.
- 11:15 Uhr Preisverleihung „Wettbewerb des Welterbevereins“
- 12:00 Uhr Schalmeienkapelle der Freiwilligen Feuerwehr Malchin
- 13:15 Uhr Das Schweriner Schloss - Wissenswertes zum Gebäude
- 12:30 Uhr Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden
- 13:45 Uhr Gespräch mit dem Präsidium des Landtages
- 14:00 Uhr Schalmeienkapelle der Freiwilligen Feuerwehr Malchin
- 14:15 Uhr Gespräch der Fraktionen zum Thema: „Energiewende – Was bedeutet das für MV“
- 15:00 Uhr Band „Sconehead“
- 16:30 Uhr Verabschiedung durch die Landtagspräsidentin

Drehbrücke zum Schlossgarten

- Brückenöffnung, 13:00 – 13:20 Uhr

Medaillon- und Weinlaubsaal

- ganztägige Besichtigung dieser Bereiche über den Burggarten

TAG DER OFFENEN TÜR im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sonntag, 25. Juni 2023 , Eröffnung um 10:00 Uhr
(letzter Einlass 16:30 Uhr)

www.landtag-mv.de



Fotos: Cornelius Kettler, Landtag MV, Kerstin Stenzel, Jörn Lehmann

BLICKEN SIE HINTER DIE KULISSEN IM SCHÖNSTEN LANDTAG DEUTSCHLANDS!

Plenarsaal, Büro der Landtagspräsidentin und weitere besondere Räume des Schweriner Schlosses besichtigen +++ mit Abgeordneten diskutieren +++ die Arbeit des Landesparlaments besser kennenlernen +++ Fraktionen und die Ausschüsse besuchen +++ den Bürgerbeauftragten und den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit treffen +++ WIR-Vielfaltsmeile +++ das Schlossmuseum erleben +++ die Schlosskirche besichtigen +++ für musikalische Unterhaltung und das leibliche Wohl ist gesorgt.

Entdecken Sie das Schweriner Schloss und den Burggarten als Teil des „Residenzensemble Schwerin“ für die Bewerbung zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Bereits am Sonnabend lädt der Verein der Freunde des Schweriner Schlosses e. V. beim Historischen Schlossfest zur Zeitreise in das 19. Jahrhundert ein, als das Schloss noch Sitz der mecklenburgischen Großherzöge war.





◀ Hoher Besuch aus dem hohen Norden: Der schwedische Botschafter Per Thöresson hat sich am 4. Mai mit Landtagspräsidentin Birgit Hesse zu den programmatischen Schwerpunkten der schwedischen Ratspräsidentschaft ausgetauscht. Noch bis Ende Juni steht das Königreich an der Spitze des Rats der EU. Besonderes Augenmerk legt Schweden dabei auf eine gelingende Energiewende und die Wettbewerbsfähigkeit der EU. Am Rande des intensiven Gesprächs blieb Seiner Exzellenz noch die Zeit für einen Rundgang durchs Schweriner Schloss und den Plenarsaal.

◀ „Schenke Leben, spende Blut“ hieß es am 9. Mai im Innenhof des Schweriner Schlosses. Im Blutspendemobil des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) konnten Abgeordnete des Landtages sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Fraktionen und Landtagsverwaltung Blut spenden. Etwa 20 Angehörige des DRK machten die Aktion möglich. Für die Nachbetreuung und medizinische Überwachung stand ein Rettungswagen bereit. Insgesamt 60 Personen spendeten jeweils ca. 500 ml Blut.

◀ Passend zum „Tag der Nachbarschaft“ haben sich am 26. Mai die Präsidien und Verwaltungsspitzen der Hamburgischen Bürgerschaft und des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin getroffen. Die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Landesparlamente rund um Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit und Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages, tauschten sich zu gemeinsamen Themen wie Redezeitmodellen, Debattenkultur im Plenum, Zusammenarbeit im Ostseeraum und moderner Technik in historischen Parlamentsgebäuden aus. Zu Letzterem passte ein Rundgang durchs Schweriner Schloss, der die Nordländer-Nachbarn auch auf die Baustelle im Burgsee Flügel führte, in dem derzeit neue Büros und Konferenzräume entstehen.